

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 115.

Dienstag, den 19. Mai 1914.

21. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Vive la France!

„... In diesem Sinne, im Sinne der heiligen Allianz der Völker, von der schon Heinrich Heine schwärmte, gilt es dem Frankreich der arbeitenden Massen, dem Frankreich des Friedenswillens, dem Frankreich der Verständigungssehnsucht, aus dem es zu uns herüberhallt: „Es lebe Deutschland!“ wenn ich schließe mit dem Rufe: „Vive la France!“

So steht es im stenographischen Protokoll der Reichstags-Sitzung vom 14. Mai, und dieser Schlusssatz einer Rede unseres Genossen Wendel ist es, der den Patrioten Gelegenheit gibt, wieder einmal die ewig volle Schale ihrer Entrüstung auf die Häupter der vaterlandslosen Sozialdemokratie auszugießen. Wirklich, ein deutscher Reichstagsabgeordneter hat es gewagt, einen Hochruf auf Frankreich auszubringen, noch dazu in französischer Sprache. In dem Hause der deutschen Volkswertretung, vor dessen Aufsicht das Standbild des eiserernen Kanzlers steht, in diesem Hause, von dem nach den ruhmvollen Worten des Kriegsministers kein Stein stehen würde ohne die Siege der deutschen Armee ist der Ruf erklingen: Es lebe Frankreich! Vive la France!

Klappern gehört zum Handwerk, und ein alldemokratischer Schriftleiter, der sich nicht mindestens einmal täglich — bei zweimaligem Erscheinen des Blattes zweimal — über die landesverräterische Gesinnung der Sozialdemokratie entrüstet, steht seinem Arbeitgeber das Brot. Immerhin mag es außerhalb dieses Chors, mit dem eine verständige Auseinandersetzung unmöglich ist, einige brave Patrioten älteren Schlages geben, die in ehrlicher Trauer ihr Haupt verhängen, weil ein deutscher Volksvertreter sich nun gar so weit vergesien hat, ein Hoch auf den „Erbschind“ auszubringen. Daß diesen alten Herren eine Kränkung bereitet wurde, darf einem schon leid tun, aber es ist nicht die Aufgabe jugendlicher Politiker, auf Gefühle Rücksicht zu nehmen, die einen Ehrenplatz im Museum mit Recht beanspruchen dürfen. Es ist das Recht der jungen Generation, zu der unser Genosse Wendel gehört, jenen nur noch historisch berechtigten heiligen Empfindungen bei passender Gelegenheit auf die Bühnen zu treten.

Richtig ist, daß es vor Jahr und Tag kaum möglich gewesen wäre, im Deutschen Reichstag „Vive la France!“ zu rufen, ohne daß sich der Redner der Gefahr einer moralischen Steinigung ausgesetzt hätte. Man hätte gepöbelt und gehöhnt, geschrien und getobt, der Präsident hätte mit bebender Stimme alberne Erklärungen abgegeben, und ein rednerisch begabtes Mitglied der Regierung hätte unter allgemeinem Beifall lobende entrüstete Redensarten heruntergejagt. Nichts von alledem hat sich am 14. Mai 1914 ereignet. Die alldeutschen Windgötter mögen blasen, bis ihnen die Baden bringen: einen richtigen Entrüstungssturm bringen sie noch nicht mehr zustande. Und noch weniger können sie verhindern, daß die Worte tapferer Friedensliebe, die unser Genosse im Reichstag gesprochen, draußen in Millionen Herzen begeisterten Widerhall finden.

Ja, die Gehirne, die auf 1870 eingestellt sind und seit 43 Jahren aufgehört haben, sich zu entwickeln, müssen jetzt endlich dessen gewahr werden, daß sich die Welt ringsumher gründlich gewandelt hat. Von den jungen müssen sie es lernen, und das jüngste unter den Mitgliedern des Reichstages mußte ihnen zeigen, wie weit sie hinter ihrer Zeit zurück sind. Im Reichstag läßt man unter dem stürmischen Beifall der stärksten Fraktion das neue Frankreich leben: und der Himmel läßt nicht ein, die Erde tut sich nicht auf, um die Rote zu verschlingen. Der Präsident erklärt nichts, die Regierung sagt nichts, und die ganze nationale Protestaktion bleibt in einem Verlegenheitsgelaß stecken, das sich auf die Rechte des Hauses beschränkt, in ein paar septischen Randbemerkungen der bürgerlichen Redner und zuletzt und zumeist auf ein Duzend der üblichen Radikalarbeit in der nationalistischen Presse.

Vive la France! — Ja, um alles in der Welt, warum nicht? Das Leben Frankreichs ist nicht der Tod Deutschlands, und selbst die Rede des Staatssekretärs Jagow legt Zeugnis davon ab, daß die beiden benachbarten Völker durch keinerlei Lebensfragen mehr voneinander getrennt sind. Wir erfahren aus dieser Rede, daß es dem Dreieck und gelungen ist, in freundschaftlichem Einvernehmen mit England, Rußland und Frankreich die berechtigten Interessen der verbündeten Monarchien in vollem Umfange zu wahren. Und an einer anderen

Wir haben auch Verhandlungen (über den näheren Orient) mit Frankreich gepflogen, und wenn der Inhalt auch in erster Linie finanzieller und technischer Natur ist, so glaube ich es doch politisch begrüßen zu können, wenn wir mit unserem westlichen Nachbar zu

einer derartigen Reibungsflächen ausschließenden Verständigung gelangen.

Zwischen der Erklärung der Regierung und den Schlusssätzen des sozialdemokratischen Redners besteht ein erheblicher Temperatursunterschied, aber — wie man mit Befriedigung feststellen darf — kein direkter Gegensatz. Daß sich trotz aller gewissenloser Hekereien das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland ganz erheblich gebessert hat, läßt sich ebenso wenig bestreiten, wie das hohe Verdienst, das der Sozialdemokratie an dieser Besserung ganz unzweifelhaft gebührt. In dem Sinn, in dem ihn der Genosse Wendel ausgebracht, wird der Lebehochruf auf Frankreich im deutschen Reich noch öfter gehört werden, er wird ein immer lauterer Echo finden, und jene, die ihn nicht hören wollen, weil in ihrem Ohr noch immer Schlachtmusik und Siegesglockenklänge dröhnen, werden durch den natürlichen Lauf der Welt immer weniger werden. Die Welt gehört einem neuen Geschlecht, dessen Vaterlandsliebe nicht mehr in Schieß- und Stechphantasien gipfelt und dessen Nationalgefühl die Anerkennung fremder Lebensrechte nicht ausschließt. Die revolutionäre Politik von heute ist die offizielle Politik von morgen und übermorgen. Der Tag wird noch kommen, an dem ein höflicher französischer Minister des Auswärtigen sein Hoch auf Deutschland ausbringt und sein nicht minder höflicher Kollege mit dem Rufe antwortet: Vive la France! Vive la Republique!

Soweit ist es noch nicht! Leider, Aber, wenn wir uns nicht erlauben, in einigen Dingen unserer Zeit voraus zu sein, wozu wären wir dann Sozialdemokraten?

Die Demütigung des Reichstags.

Die Regierung treibt es jetzt planmäßig, alle Abänderungsbeschlüsse des Reichstags zu ihren Vorlagen für unannehmbar zu erklären. Gestern lag der Fall gleich zweimal vor. Zur Militärstrafprozessreform erklärte der Kriegsminister, daß jede Aenderung des Reichstags an der Regierungsvorlage diese sofort für die verbündeten Regierungen unannehmbar mache. Jeder Versuch des Reichstags, das Anwendungsgebiet des strengen Arrests zu beschränken, die Geltung der Militärgeetze für den ganzen Tag der Kontrollversammlung irgendwie zu beeinträchtigen und die Verletzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bei besonders leichten Desertionsfällen in das Ermessen des Richters zu stellen, werde den Bundesrat veranlassen, auf die Reform des Militärstrafgesetzbuches überhaupt zu verzichten. Der Reichstag solle entweder die Vorlage der Regierung unverändert annehmen oder sich klar sein, daß gar nichts zustande kommt. Unsere Genossen Stadthagen und Stüdem wiesen, unterstützt von fortschrittlichen und Zentrumsrednern, dem Kriegsminister nach, daß der heutige strenge Arrest barbarisch, die Geltung der Militärgeetze für den ganzen Tag der Kontrollversammlung undurchführbar und unanständig, und die zwangsweise Verletzung aller Fahnenflüchtlinge in die zweite Klasse des Soldatenstandes gedankenlos und ungerecht sei. Er blieb bei seinem Diktum: entweder unverändert annehmen oder verzichten. Bei den bürgerlichen Parteien machten sich nun natürlich sofort die stärksten Umfallgefühle geltend: die Regierungsvorlage sei immerhin ein winziger Fortschritt und man müsse nehmen, was man bekomme, retten, was man retten könne, verzichten, wenn die Regierung nicht mehr geben wolle. Neben Konservativen und Nationalliberalen entwickelte der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach, der Umfallheld von Zabern, diese famose Theorie. Eine Mehrheit wäre umgefallen, wenn nicht der Kriegsminister angesichts der Schlappeheit des Zivilistenpaaß im Reichstag immer wüster aufgetrumpft hätte, schon die Lex Erfurt sei ein Sprung ins Dunkle gewesen, der allerlei üble Folgen gehabt hätte, und er werde vor der allgemeinen Revision des Militärstrafgesetzbuches nun überhaupt keine Reformen mehr zulassen. Da diese Reform frühestens in 10 Jahren in Aussicht steht, war das den bürgerlichen Parteien denn doch ein wenig zu stark, und man setzte gegen die Stimmen der Rechten das ganze Geheiß von der Tagesordnung ab. Es soll gewiß noch einmal versucht werden, zu fuhhandeln.

Genau so oder vielleicht noch schlimmer bei der Seelungs-vorlage. Hier erklärt wiederum der Staatssekretär Rühl: unveränderte Annahme oder garnichts. Der Reichstag wird als Gesetzgebungsfaktor einfach ausgeschaltet, wie Genosse Ebert mit großem Nachdruck hervorhob. Dabei erkennt die Regierung die vom Reichstag vorgenommenen Ergänzungen der Vorlage zugunsten der gehobenen Unterbeamten als berechtigt an und verspricht, sie zu erfüllen. Aber bloß um den Reichstag zu demütigen, weist sie die Vorlage als unannehmbar zurück, wenn der Reichstag diese Ergänzungen in das Gesetz hineinarbeitet. Der alte

Sottentottenblock von 1907, verstärkt durch Welsen und Dänen, war für den Unfall, trotzdem kam eine Mehrheit dafür nicht zustande. Mit 3 Stimmen Mehrheit wurde im Hammelsprung der Kompromißantrag des früheren Sottentottenblocks abgelehnt. Damit dürfte die Besoldungsvorlage gescheitert sein.

Der gedemütigte Reichstag brachte es später allerdings fertig, der Regierung auch gestern noch zwei Vorlagen nach ihrem Wunsch zu apportieren und ihr bei der Dampferjubventionsvorlage sogar größere Vollmachten zu geben, als sie selbst beanprucht hatte. Kann er sich wundern, wenn die Regierung ihn nicht achtet? Heute dürfte die dritte Lesung des Etats beginnen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

v. Loebe will kein Minister für Wahlreform sein.

Im preußischen Abgeordnetenhaus begann am Montag die dritte Lesung des Etats. Bei dieser Gelegenheit stellte sich der Nachfolger des Herrn v. Dallwitz, der neue Minister des Innern v. Loebe, dem Hause vor. Sein Auftreten war für die unverbesserlichen liberalen Illusionisten eine grausame Enttäuschung. Hatten die Wortführer des Liberalismus und die liberalen Zeitungen in Herrn v. Loebe doch nichts mehr und nichts weniger gesehen als den Mann, der endlich für Preußen die liberale Ära heraufführen und Ernst mit einer gründlichen Wahlreform machen werde. Im schroffsten Gegensatz zu all diesen Erwartungen präsentierte sich Herr v. Loebe in seiner Antrittsrede als ein wahrer Reaktionär, als der würdige Nachfolger des Herrn v. Dallwitz, der selbe Faden und kaum eine andere Nummer. Die Anfrage des Abg. Dr. Pachtke von der fortschrittlichen Volkspartei, ob Herr v. Loebe gedachte, sich im Staatsministerium für die Einführung der geheimen und direkten Wahl und für eine Milderung des plutokratischen Charakters des Dreiklassenwahlrechts einzusetzen, beantwortete der neue Minister mit einem runden und glatten Nein. Er müsse es dankend ablehnen, als der Minister für Wahlreform angesehen zu werden. Im übrigen erklärte er, sich über die Wahlrechtsfrage überhaupt noch keine eigene Meinung gebildet zu haben.

Das unfägliche Armutzeugnis, das sich Herr v. Loebe in seiner Rede ausgestellt hatte, nagelte unser Genosse Liebknecht in einer sehr temperamentvollen und vom Präsidenten mit zwei Ordnungsrufen ausgezeichneten Rede fest. Unter dem Wutgeheul der Rechten und der stärksten Zustimmung unserer Fraktion erklärte er, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen zur Tatsache werden würde, und wenn sich noch so viele preußische Minister dagegen stemmten. Es käme in letzter Linie eben nicht auf den Willen der Regierung, sondern auf den Willen des arbeitenden Volkes an.

Die weitere Debatte drehte sich im wesentlichen um einen Streit der bürgerlichen Parteien darüber, wer von ihnen am häufigsten Stimmwahlhilfe der Sozialdemokraten begehrte und angenommen habe. Dem zweiten Redner unserer Fraktion, dem Gen. Strobel, wurde wieder einmal durch einen brutalen Mehrheitsbeschluss das Wort abgeschnitten. Das führte am Schluß der Sitzung zu einer sehr erregten Geschäftsordnungsdebatte.

Ein General als Titelschacherer.

Genosse Liebknecht veröffentlicht im „Vorwärts“ einen Artikel über den verstorbenen Gouverneur von Mek, General v. Lindenau. Der Präsident des Reichstages hatte verhindert, diese Angelegenheit im Reichstage zur Sprache zu bringen. Genosse Liebknecht weist nun im „Vorwärts“ nach, daß der General v. Lindenau nicht nur außerordentlich stark verschuldet, sondern auch Schachergeschäften nicht abhold war. Am v. Lindenau, dem die Ordnungspresse vom „Tageblatt“ bis zur „Kreuzzeitung“ tiefempfundene Nachrufe widmete, trauern rund 100 Gläubiger aus allen Schichten der Bevölkerung: Handwerker, Kaufleute, Apotheker, Rechtsanwälte, Bankiers, Kommerzienräte, selbst Rittergutsbesitzer, hohe Beamte und Offiziere. Die Schulden, die der General hinterlassen hat, betragen rund eine Million Mark; nach Angabe des Konkursverwalters dürfte die Dividende höchstens einige Prozente betragen.

Aber das schlimmste ist ein Dokument, das v. Lindenau am 20. April 1913 unterzeichnet hat und in dem es heißt:

„Ich bestätige hierdurch, heute von Herrn Dr. ... x-tausend Mark in bar empfangen zu haben mit der Maßgabe, daß dieser Betrag verfallen ist, sobald Herr Dr. ... durch die Gnade S. M. des Königs bis spätestens 1. Juli 1914 zum preussischen Medizinalprofessor ernannt worden ist.“

Ist bis zu diesem Termin die Ernennung des Herrn Dr. . . . nicht erfolgt, so zahle ich den Betrag von x-tausend Mark in bar ohne jeden Abzug zinsfrei sofort an Herrn Dr. . . . zurück. . . .

Kein Wunder, daß die Hüter für Sitte und Ordnung entrüstet waren, als Gen. Liebknecht sich anschickte, über diesen Toten einige Wahrheiten zu sagen.

Die reaktionäre Presse vom Montag abend ist über die Bloßstellung dieses militärischen Heiligen völlig niedergeschlagen. Die „Tägliche Rundschau“ kann noch nicht recht die Wahrheit des Lindenauischen Briefes erlassen. Für die „Post“ ist Lindenau erledigt; um so wahrscheinlicher fällt sie über Liebknecht her, der es wagte, „ein Grab aufzureißen und einen Toten herauszuzerren, um ihn zu malträtieren“.

Die Anhebung der katholischen Arbeitervereine.

Nachdem das schlesische Zentrum die Unterchristen von 767 katholischen Geistlichen gegen die Quertreiber zusammengepreßt und damit zwei Drittel des Klerus in eine Frontstellung gegen Oppersdorff und Nieworowski gepreßt hat, rückt es auch mit dem Feldzugsplan heraus, den es zur Niederlegung der Berliner Katholikvereine entworfen hat. Demnach haben die Führer der Bewegung den Berliner Verband am 22. April folgende entmündigende Forderungen gestellt:

1. Der Verbandsvorstand erklärt im „Arbeiter“, daß er die durch den Grafen Oppersdorff und Pfarrer Nieworowski hervorgerufene, den Katholizismus schwer schädigende Bewegung bedauert und mißbilligt.
2. Der Verbandsvorstand verbietet bei Strafe der sofortigen Entlassung den Sekretären durch ein im „Arbeiter“ zu publizierendes Schreiben, sich noch weiter im Sinne der unter 1 genannten Bestrebungen zu betätigen.
3. Der Verbandsvorstand verhindert, daß im „Arbeiter“ die Zentrumsprelle in Zukunft bekämpft wird.

Sollte innerhalb dreier Wochen die Zustimmung des Verbandsvorstandes zu diesen Forderungen zu Händen eines der drei zuerst Unterzeichneten nicht erfolgt sein, so nehmen wir an, daß der Verbandsvorstand nicht Willens ist, unseren Wünschen Rechnung zu tragen.

Der Generalsekretär Journelle suchte sich um eine klare Beantwortung der Fragen zu drücken und machte Ausflüchte. Wenn die Zentrumsherren aber einmal die Macht haben, dann wenden sie dieselbe auch an und im Bunde mit dem Domkapitel hungern sie jetzt das Katholische Deutschland aus und hehen den Pfarrer Nieworowski, den geistlichen Bruder im Dienste der Herren nieder.

Arbeitswilligenhush in der sächsischen Zweiten Kammer.

Scharfmacherblätter berichten triumphierend, daß in der sächsischen Zweiten Kammer der folgende Antrag einstimmig angenommen worden sei:

„Die Kammer wolle beschließen, die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen,

- a) eine Verordnung im Sinne der Erklärung des Herrn Ministers des Innern in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 29. Januar 1914 zu erlassen,
- b) im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Willensfreiheit des einzelnen Staatsbürgers gegenüber den bei Wirtschaftskämpfen hervorgetretenen Ausschreitungen, von welcher Seite sie auch ausgehen, durch Strafvorschriften, sowohl im Strafgesetzbuch wie in der Gewerbeordnung einen ausreichenden Schutz erhält, als er jetzt vorhanden ist.“

Die Einstimmigkeit sei dadurch erzielt worden, daß die Konservativen auf die weitergehende Forderung der sofortigen Einführung strafrechtlicher Bestimmungen gegen Streikende und auf das Streikpolienverbot verzichtet hätten. Diese Einstimmigkeit bezieht sich natürlich nur auf die bürgerlichen Parteien, denn die Sozialdemokraten hatten den Saal vor der Abstimmung verlassen. Unter solchen Umständen kann schon eine Einstimmigkeit zustande kommen.

Schweden.

Der neu gewählte Reichstag ist gestern eröffnet worden.

Belgien.

Das Schulgesetz angenommen. Der belgische Senat hat das Schulgesetz, um welches sich in der Kammer sowohl wie im Senate die heftigsten Kämpfe abgepielt haben, angenommen. Die gesamte Linke — die liberalen und sozialistischen Abgeordneten — verließen vor der Abstimmung den Sitzungssaal, jedoch das Gesetz allein mit den Stimmen der Liberalen zur Annahme gelangte. Im Namen der liberalen Linken verlas der Senator Hantez eine Erklärung, die besagt, daß dieses Schulgesetz gegen die Grundlagen der belgischen Verfassung verstoße, indem es die Gewissensfreiheit bedrohe. Das Gesetz bedrohe weiter die öffentlichen Schulen durch die Privilegien, welche es den Klosterschulen gewähre. Es schädigt die intellektuelle Kultur der Nation und begünstige den Haß und die Trennung schon unter den Schülern, bedrohe den öffentlichen Frieden und die nationale Einheit und trage dazu bei, daß eine Partei die anderen Parteien des Landes unterdrücken und vernichten machen könne. Der Senator Genosse Coppieiers verlas die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion des Senates, in der es heißt: „Durch dieses Schulgesetz wird die moralische Erziehung der Kinder ausschließlich durch den religiösen Unterricht ersetzt, ja, es ist sogar durch das Gesetz gestattet, alle anderen Ansichten als die der Kongregationisten in der Schule vor den Kindern zu bekämpfen und zu verleumden. Das Schulgesetz trägt den Stempel fanatischer Kastenengeit. Aber wir rufen alle Städte und alle demokratischen Gemeinden auf zum Widerstand gegen dieses Gesetz des Fanatismus und des Krieges.“ Die Erklärung schloß mit einer Anhebung des Kampfes bis aufs Äußerste. Der König hat nun die letzte Entscheidung. Die Entscheidung dürfte nicht zweifelhaft sein. Indem er den Führer der Liberalen, Roefse, vor einigen Tagen zum Grafen machte, hatte er gewissermaßen seine Entscheidung schon gesprochen.

Amerika.

Sozialistische Erfolge in Argentinien. Am 22. März erzwangen unsere argentinischen Genossen einen

großen Wahlsieg, über den erst jetzt nähere Nachrichten vorliegen. Die Erneuerung der Kammer erfolgt dort alle zwei Jahre zur Hälfte. Die Wahlspflicht besteht für alle männlichen Staatsbürger über 18 Jahre. Bisher gehörten der Kammer unter 86 Abgeordneten 4 Sozialisten an, von denen jetzt 2 ausgeschieden. In der Hauptstadt Buenos Aires standen unsern Genossen drei Parteien gegenüber: Konstitutionelle (Merikale), Bürgerpartei (Ministerielle) und Radikale. Die sozialistische Liste kam bei der Wahl weit an die Spitze. Sie erhielt über 43 000 Stimmen, während die Radikalen 37 000, die Bürgerpartei 20 000, die Konstitutionellen 13 000 aufbrachten. 38 Proz. der Stimmen entfielen also auf die Sozialisten, die außer den beiden Ausschließenden fünf neue Abgeordnete durchbrachten, sodaß nun die sozialistische Fraktion aus neun Mitgliedern besteht. Dabei war der Kampf sehr heftig, da die Gegner weder Geld, noch Verleumdungen sparten und aus der Tatsache, daß von den Aufgestellten einer italienischer, ein anderer russischer Herkunft ist, den „vaterlandslosen“ Charakter unserer Partei nachweisen wollten. Trotzdem wurden beide gewählt. Der glänzende Sieg hat in ganz Südamerika starken Eindruck gemacht. Die Arbeiterzeitungen in Uruguay, Brasilien und Chile begrüßen ihn mit Begeisterung. So wird der große eiserne Ring bald um die ganze Erde geschlossen sein.

Der mexikanische Konflikt. Huerta ist ernstlich erkrankt. Er soll sich auch im Interesse der Friedensverhandlungen mit K ü k t r i s g e d a n k e n tragen, was allerdings von anderer Seite dementiert wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 19. Mai.

Die Bürgerchaft erlebte gestern in einer vierstündigen Versammlung die ihr vorgelegte reichhaltige Tagesordnung bis auf den an letzter Stelle stehenden Senatsantrag auf Errichtung einer realgymnasialen Studienanstalt an der Erntewinschule. Zunächst kam die geplante Errichtung von Schutzbauten an der Südwestseite des Bahnhofes zur Verhandlung. Mit dem Projekt selbst kann man sich schon einverstanden erklären, denn der Bahnhofsvorplatz ist wirklich sehr windreich. Ganz entschieden wandte sich Genosse Sch l o m e r jedoch dagegen, daß das wertvolle Gelände an Private verkauft werden soll. Die Mehrheit der Bürgerchaft stimmte jedoch der Senatsvorlage zu und gab außerdem noch freiwillig das Recht aus der Hand, beim Verkauf der Grundstücke entscheidend mitzuwirken!

Zu einer lebhaften Aussprache führte der Senatsantrag auf Bau einer Trauerbrücke bei Moisling und Heranziehung von Moisling und Genin zu den Baukosten. Die Debatte drehte sich weniger um die Notwendigkeit der geplanten neuen Brücke, denn davon waren alle überzeugt, sondern um die in Aussicht genommene besondere Belastung von Moisling und Genin. 250 Einwohner Moislings hatten sich in einer Petition, die zur Verlesung gelangte, gegen die vorgesehene Grundsteuererhöhung ausgesprochen; ebenso die Grundbesitzer in Genin. Nur Herr Tegmeyer, der frühere Gemeindevorsteher, hielt die Brücke für eine „Wohltat“, die eine besondere Belastung der Moislinger und Geniner rechtfertige. In seinem Schreiben wies er darauf hin, daß er als achtfacher Grundstücksbesitzer gern das Opfer bringen wolle. Wie er das tut, zeigt am besten die Tatsache, daß er schon jetzt die Mieten gesteigert hat. Genosse L ö w i g t nagelte das jetzt und bekämpfte an Stelle des verhinderten Genossen Stellung scharf die ungerechtfertigte Belastung der Einwohner von Genin und Moisling, die meistens dem Arbeiterstande angehören und schon genug unter den teuren Zeitverhältnissen zu leiden haben. Weiter kritisierte unser Redner die Zuschüttung der Gräben, die die Regenwässer aufzunehmen hatten. Obwohl sich fast alle Redner gegen die Erhöhung der Grundsteuer in den beiden erwähnten Orten aussprachen, wurde diese doch beschlossen und dann die ganze Senatsvorlage angenommen.

Das System der Dienstalterszulagen für Arbeiter, das seine grauen Schattenseiten hat, findet beim Senat anscheinend ein erhöhtes Wohlwollen, denn er beantragte, es auch auf die Arbeiter der Baudeputation auszudehnen. Genosse L ö w i g t wies dem gegenüber darauf hin, daß den Arbeitern eine auskömmliche Entlohnung, wie sie sie wiederholt in Eingaben gewünscht hätten, weit lieber sei, als solche Dienstalterszulagen. Aber der Senat, der das schöne Wort, „Wer schnell gibt, gibt doppelt“, zitierte, hatte viel Zeit, wenn er überhaupt auf die Eingaben der Arbeiter antwortete. Genosse L ö w i g t verlangte weiter, daß wenigstens bei Entlassung von Arbeitern diesen der Anteil an den Dienstalterszulagen ausgezahlt werden solle. Das wurde vom Senat zugesagt.

Eine eingehende Debatte knüpfte sich an den Senatsantrag auf Errichtung von fünf Gerichtsdienerestellen. Alle Redner aus dem Hause waren sich darin einig, daß die vom Senat geplante Gehaltsregelung für die Gerichtsdienere eine Verschlechterung bedeutet, was der Senatskommission andauernd aber ohne jemand überzeugen zu können, bestritt. Genosse H o j f trat, ebenso wie Lange, Schneider, Köper und andere, warm dafür ein, daß den Gerichtsdienern ein höheres Gehalt zugemeßen wird, als der Senat beantragte. Schließlich gelangte fast einstimmig ein dementisprechender Antrag zur Annahme.

Die Schleusen der Bereidbarkeit unserer Erstklassigen öffnet sich am weitesten bei der Senatsvorlage, die dem Polizeiamt als Erhebungsgebühr für die Radfahrsteuer 10 % dieser Abgabe zugeweiht beabsichtigt. Mit durchschlagenden Argumenten wurde nachgewiesen, daß das Polizeiamt garnicht berechtigt war und ist, für sich eine solche Erhebungsgebühr in Anrechnung zu bringen. Der Senatsantrag wurde denn auch abgelehnt und dafür ein Ersuchen angenommen, das die Herabsetzung der Radfahrabgabe auf 1 Mark jährlich verlangt. Hoffentlich entspricht der Senat diesem allgemeinen Wunsch.

Die sehr kostspielige Erweiterung der Feuerwache in der Hansastraße wurde auf Antrag von Gen. Radde, der die Dringlichkeit der Begründung kritisierte, an eine Kommission verwiesen. Zwischendurch hatte die Bürgerchaft Herrn B u s h w a l d an Stelle des erkrankten Herrn Heinsch zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzers ernannt. Kurz nach 10½ Uhr war die Sitzung beendet.

Der Erlaß eines Gesetzes betreffend die Gewährung von Entschädigungen an die im städtischen Feuerwehrgewerbe Erkrankten und Verunglückten, sowie an deren Witwen und Waisen hat eine Kommission der Bürgerchaft beschäftigt, die jetzt einen weiteren Bericht erstattet hat, da im ersten Bericht die Frage nicht erörtert war, wie das neue Gesetz sich zu den für die Unfallversicherung der Feuerwehrlente in Betracht kommenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung verhält. Die Kommission beantragt nach eingehender Begründung, der Senatsvorlage folgende Fassung zu geben: Auf die Verweisung der Rente für die Mitglieder der Berufsfeuerwehr und andere im öffentlichen Dienst angestellte Personen findet das Gesetz vom 26. Mai 1902 betr. die Fürsorge für Beamte und deren Hinterbliebene infolge von Vertriebsunfällen, entsprechende Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß der Rentenbemessung statt der dort vorgesehenen 60 v. H. überall das volle Dienst-einkommen zugrunde gelegt wird. Das Sterbegeld besteht in dem Betrag des einmonatlichen Dienstseinkommens. Die Hinterbliebenenrente beträgt für die Witwe 40 v. H. des jährlichen Dienstseinkommens, jedoch nicht mehr als 800 M., für jedes Kind 25 v. H., höchstens 1600 M. Die Renten der Witwe und der Kinder dürfen 70 v. H. des Dienstseinkommens nicht übersteigen. Auch Verwandte des Verstorbenen in 2. und 3. Linie und elternteile Enkel sollen 25 v. H. erhalten. Eine Entschädigung soll nicht gewährt werden, wenn die Verletzung von dem Verunglückten selbst durch Vorsatz, Nichtbeachtung gegebener Befehle, grobe Fahrlässigkeit oder Trunkenheit herbeigeführt ist, auch dann nicht, wenn der Verletzte oder Erkrankte seine Genesung durch Vorsatz, grobe Fahrlässigkeit oder Nichtbefolgung der ärztlichen Vorschriften verhindert oder sich weigert, sich einer von der Behörde für das Feuerlöschwesen angeordneten Untersuchung oder Behandlung im Krankenhaus zu unterziehen. Sofern ein Beamter oder seine Hinterbliebenen nach anderen gesetzlichen Vorschriften einen Schadenersatz beanspruchen können, der ihnen durch Krankheit oder Verletzung im Feuerwehrgewerbe erwachsen ist, soll der Anspruch auf den Staat insoweit übergehen, als er dem Beamten oder seinen Hinterbliebenen nach diesem Gesetz Leistungen zu gewähren hat. Der Staat darf jedoch diese Schadenersatzansprüche nicht zum Nachteil des Verletzten oder seiner Hinterbliebenen geltend machen.

Der dänische Verkehrsminister über Kiel-Korsör-Linie und Fehmarnbahn. Das bekannte Kopenhagener Blatt „Nationaltidende“ hat am 15. ds. ein Interview des dänischen Verkehrsministers zum Abdruck gebracht, welches — trotz des am Tage darauf im Preussischen Abgeordneten-hause mit 2 bis 2 Stimmen Majorität beschlossenen Uebergangs zur Tagesordnung über die Fehmarnbahn — am Zustandekommen des Ausbaus der Kiel-Korsör-Linie sehr starke Zweifel verursachen muß. Antunpend an die kürzliche einmündige Resolution des dänischen Fehmarnkomitees, dem bekanntlich alle führenden Wirtschaftsorganisationen Dänemarks durch ihre Vorstehenden angehören (Großkaufleute, Sozialisten, den dänische Handelsstand, Verband der Provinzhändlervereine, Königl. dänische Landwirtschaftsgesellschaft, Industrieverein und Industriearbeiter), sagte der Minister folgendes:

„Ich kann der Kundgebung des (dänischen) Fehmarn-Bahn-Komitees darin nur zustimmen, daß es selbst unter Aufwendung großer Kosten nicht möglich sein wird, die Korsör-Kiel-Linie zufriedenstellend auszugestalten. Es ist nämlich richtig, daß diese Route immer die verhältnismäßig lange Seereise haben und mit einem mehrfachen Umsteigen behaftet sein wird. Daher ist diese Linie namentlich auch für den Güterverkehr entschieden ungeeignet. Es kann demzufolge nicht erwartet werden, daß man unsererseits an so umfassenden Maßnahmen mitwirken wird, wie sie erforderlich sein werden, wenn diese Linie wesentlich verbessert werden soll. Was die R ö d b y - F e h m a r n - L i n i e anbelangt, so liegt diese Sache nach wie vor in den Händen der deutschen Eisenbahnbehörden. Wir haben bei dieser Lage der Dinge nichts anderes zu tun, als bereit zu sein, wenn die deutschen Behörden die Durchführung dieser Linie wünschen, dann hieran mitzuwirken, und das sind wir. Zu der Frage der Fehmarn-Linie selbst müssen wir uns passiv verhalten, solange die Deutschen nichts tun. Deshalb brauchen wir uns aber natürlich nicht passiv zu verhalten hinsichtlich der Verbesserungen unserer südlichen Auslandsverbindung überhaupt. Ich denke namentlich an die Brücke über den Storströmen. Diese ist ja eine notwendige Voraussetzung für die R ö d b y - F e h m a r n - L i n i e; aber es ist auch guter Grund vorhanden, sie durchzuführen ohne Rücksicht auf das Fehmarn-Projekt, allein mit Hinsicht auf die Gjedder-Warnemünde-Linie, die durch diese Brücke ganz bedeutend gewinnen würde. Das Programm von dänischer Seite muß zukünftig wie bisher meiner Ansicht nach in dieser Angelegenheit darin bestehen, die Gjedder-Warnemünde-Linie nach Kräften zu verbessern, und im gegebenen Zeitpunkt mit den erforderlichen Veranlassungen bereit zu sein, um an der Durchführung der R ö d b y - F e h m a r n - L i n i e mitzuwirken.“

Zielfeld ist diese sehr beachtenswerten Ausführungen doch imstande, die Kieler Feststimmung über die Stellungnahme einer kleinen Zufallsmehrheit des Abgeordnetenhauses in der Fehmarnbahnfrage etwas zu dämpfen.

Nachtrag zur Freibankordnung. Der Senat verordnet: Der § 1 der Freibankordnung vom 8. November 1902 erhält folgenden Zusatz: Außerdem kann auf der Freibank gleich der bezeichneten Art auch von solchen Rälbern verkauft werden, die in den Stadtteilen Siemz-Dänischburg, Rüdnitz, Herrenweg, Moisling, Genin, Israelsdorf, Gohmund und Schütput geschlachtet sind.

b. Schöffengericht am 19. Mai. Ein garstig Lied. Der Majordant J. war in Rüdnitz beschäftigt, wo er sich eine Sprechmaschine mit 5 Platten auf Abzahlung anschaffte. Nachdem J. 32 Mark abbezahlt hatte, geriet er in Not und verkaufte das Marterinstrument, obwohl noch 33 Mark zu bezahlen waren und der Uhrmacher sich das Eigentumsrecht vorbehalten hatte. Jetzt wird dem Maschinisten nach seinem jetzigen Wohnort in Dortmund eine neue Platte übersandt, auf der 10 Tage Gefängnis abzuspielen sind. — Der B a d a l s G ä r t n e r! Mit süßen Früchten, Apfelsinen und Bananen, wurde der Arbeiter S. nach südländischer Art auf den Straßenhandel geschickt. Er sollte eine Mark Tagelohn und Umhänge haben, verlor jedoch die Lust und setzte sich in die Kneipe, wo er die eingekommenen 17 Mark vertrank. Den Wagen hatte S. zwei Jungen anvertraut, die ihn nach Hause bringen sollten. Es handelt sich um einen Mann in mittleren Jahren, der schon bedenkliche Zuchtstrafen wegen schweren Diebstahls verbüßt. Mit Rücksicht auf diese Strafen wird er für die Unterschlagung mit 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Zu den Anlagen herumstreifende Hunde werden von der Schuttmannschaft stark aufs Korn

genommen, seit die Verordnung vom 22. Oktober 1913 erlassen ist. Der Oekonom E. hatte einen kleinen Kötter, der mit den Kindern zum Schlächter sollte, unterwegs aber Gesellschaft fand und mit dieser über die Gürtelvorlagen jagte. Ein Schuhmann holte den einen Musketier ein, den der Besitzer auf der Wache gegen 3 Mark Pfand für Strafe und Einsparung gebühren alsbald wieder abholen konnte. Diesen Taler möchle E. wieder haben, weshalb er gerichtliche Entscheidung beantragte. Damit hat er kein Glück. Die Verordnung möge in gewissem Umfange zu scharf sein, darauf komme es in diesem Fall nicht an, auch nicht darauf, daß die Kinder den Hund laufen ließen. Hastbar sei der Besitzer, der damit rechnen müsse, daß ein Hund den Kindern ausraue. — Es ist nicht alles Gold was glänzt! Mit einer echt goldenen Messinguhr blendete die Reinnachefrau F. ihre Arbeitskollegen. Sie zeigte dieser während der Arbeitszeit das Kunstwerk, das für 14 Mark losgeschlagen werden sollte. Dieser Preis wurde gefordert, weil die Tochter der Angeklagten einmal in einem Odesloer Hotel einige Tage logierte, aber als es am Bezahlen ging, kein Geld bei sich hatte und deshalb dem Hausdiener den Stundenzettel samt Kette ausdrückte, der dafür die Schuld deckte. Dieser sah so bald als möglich zu, statt dem zweifelhaften Ankenden sein Geld zu bekommen. Jetzt wollte sie die Kollegin damit beglücken, die sich sofort aus Sparen machte und mit dem schönen Geld das Geschäft abschloß. Doch das bei der Uebergabe blankgeputzte Ding zog in der Tasche Grünspan. Bei genauer Betrachtung ergab sich, daß es ein ganz wertloser Chronometer war, der mit 5 Mark gut bezahlt ist. Der Goldhauchüberzug ist gar nicht nennenswert und die Kette reines Messing — übrigens ein „Kavalier“-Geschenk an die Tochter. Und dieses Juwel hielt die Käuferin für echt, während die Angeklagte behauptet, nur gesagt zu haben: „Ja, die Uhr sieht sehr blank aus und — gehen tut sie auch.“ Mehr kann man nicht verlangen. Wegen Betrugs wird die Angeklagte zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte als Strafverächter angenommen, daß eine Kollegin hintergangen worden sei und 3 Wochen Gefängnis beantragt.

Arbeiterverstoß. Am Sonnabend morgen verunglückte in der Lübecker Maschinenbaugesellschaft der Schmied Gebenbura dadurch, daß ihm ein Gegengewicht vom Glühofen auf den Fuß fiel, wodurch die große Zehe zerdrückt wurde. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

pb. Fahrradabstich. Am 18. ds. Mts., gegen 1 1/2 Uhr nachmittags ist vom Fluß eines an der Wahnstraße gelegenen Hauses, ein Fahrrad Marke: „Schnell“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittsbremse, nach oben gebogener Lenkstange, etwas beschädigten Handgriffen, der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 16588, und der Fabriknummer 218688 abhanden gekommen und vermuthlich gestohlen worden. Das hintere Schuttblech war mit einem Bindfaden befestigt.

pb. Diebstahl. In der Nacht vom 16./17. ds. Mts. ist aus einer Gartenlaube in der Wandsbeker Allee ein aus Meth geflochtenes, weißlackiertes Korb mit Zinkfingerringen, der ein Blattgewächs enthielt, abhanden gekommen und vermuthlich gestohlen worden. Der Korb war etwa 50 Zentimeter lang.

pb. Eine Bodenkammer bestohlen. In der Zeit vom Sonnabend, dem 16. bis zum Montag, dem 18. d. Mts., nachmittags, sind aus einer Bodenkammer eines Hauses der Wandsbeker folgende Gegenstände gestohlen worden: Eine neue silberne Damenuhr mit Goldrand, 1 fettenartiges goldenes Armband, 1 weißer Damengürtel mit silberner Schnalle, 1 silberne Rocknadel, 1 grauer Kleiderrock und 1 gestickte Bluse.

Die Finken-Arena, die gegenwärtig im „Grauen Esel“ gastiert, findet lebhaftes Interesse. Direktor Leisek kaufte von einem hiesigen Pferdehändler zwei Pferde und hat dieselben innerhalb 14 Tagen in der Manege dressiert. Die Tiere werden jeden Abend vorgeführt. Außerdem wirken von heute ab die beliebtesten Lübecker Clowns Nick und Mack mit. Bemerkenswert ist noch das Auftreten des Original-Entsefers Alexander Sandrini, vor allem die Befreiung aus der Zwangsjacke. Ferner die übrigen Spezialitäten. Ein Besuch lohnt sich.

Stadthallen-Sommertheater. Man schreibt uns: Über Lehars einzigartige Operette „Der Kaffeebinder“ Besondere zu sagen, erübrigt sich. Wer dieses melodische Werk je einmal gehört hat, wird nicht vergessen, wie Handlung und Musik hier zu einem entzückenden Ganzen sich einen, das einen Elite-Theater-Abend bringt. Herr Direktor Horwig führt den „Wolf Hür Pfeiffertorn“ eine seiner Glanzpartien, Frä. Könnel die Suzu, Herr Schelper, der 1. Tenor des Ensembles und Herr Schick, der Operettenbariton, werden sich zum ersten Male vorstellen. Inszenierung leitet Herr Direktor Horwig, die kostümliche Ausstattung wird eine charakteristische und erstklassige sein.

Sommer-Theater in Frä. Mittschers Hansa-Theater. Mittwoch findet die Aufführung des lustigen Schwanks „Ein toller Einfall“ statt und Donnerstag wird die mit so großem Beifall gegebene Albenische Pöffe „Kin in 3 Vergnügen“ wiederholt. In Vorbereitung ist der Operettenslager von Gilbert, Frä. Trallala und der historische Schwank von Max Dreyer „Das Tal des Lebens“.

Katekau. Achtung, Parteigenossen! Die Landvogtwahl für die Ortschaft Katekau findet am Freitag, dem 22. Mai, nachmittags 5 Uhr statt. Stimmberechtigt zu dieser Wahl ist jeder Gemeindeglieder, der in Katekau seinen Wohnsitz hat.

Hamburg. Ein Raubmord ist hier am Montag vor-mittag entdet worden. In der hauptsächlich von Polen besuchten Wirtschaft von W. Zendryke, Michaelsstraße, fand man das Dienstmädchen Stanislaw Babisz, geboren am 15. April 1898 zu Schulan, ermordet auf. Die von dem Mörder benutzte Waffe ist festgestellt, daß ein Raubmord vorliegt. Aus der Ladentasse fehlen 75,75 Mark und zwar 33,75 M abgezähltes Geld, 40 M in Kleinfäden und 2 M in Kupfer. Die Leiche des Mädchens wies am Hals Würgemarken und einen Stich in die Kehle auf. Die Gerichtskommission begab sich unter Führung des Oberstaatsanwalts zum Tatort, der sehr bald von Neugierigen umlagert wurde. Es meldeten sich verschiedene Personen, die den Verdacht der Täterschaft auf einen Polen lenkten. Im Laufe des Nachmittags wurden die Leiche sowie der Tatort photographiert. Später brachte man das Opfer des Mordes in die Leichenkammer des Hafentraktenhauses. Als Mörder der Stanislaw Babisz wurde nachmittags um 5 1/2 Uhr der am 12. Juli 1879 zu Petersburg in Rußland geborene Schlosser Wladislaw Ryzkiewicz am Mühlentamp 34 vor dem Lokal von Butowietz verhaftet. Es war der Polizei bekannt geworden, daß Ryzkiewicz mit einem Mädchen, das bei dem russischen Konsul in Dienst steht, Beziehungen pflegte. Da R. noch in der Nacht am Sonntag mit dem Mädchen zusammen war, mußte angenommen werden, daß R., den ein Zeuge stark verdächtigt hatte, auch nach der Tat mit dem in der Nähe des Mühlenturms wohnenden Mädchen zur Betsprechung zusammenkommen würde. Diese Zusammenkunft suchte R. auch wirklich und wurde durch geschicktes Handeln nach dem Mühlentamp ins Lokal von Butowietz bestellt. Beamte nahmen dort Posten und verhafteten

den Ruffen, ehe er das Restaurant betreten hatte. R. leugnete, der Täter zu sein und wurde ins Stadthaus transportiert. Dort wurde er von dem Zeugen, der ihn als Täter verdächtigt hatte, wiedererkannt. Im Beise des R. fand man 66,07 M in Silber, Nickel und Kupfer, so wie es dem Wirt Zendryke gestohlen worden war. Auch eine goldene Damen-uhre nebst Kette, die die Wirtin nachträglich vernichte, hatte der Ruffe im Beise. Er trug ferner einen Schlagring bei sich. An seiner Hose, sowie an einem Gummimantel fand man Blutflecke. Am Mantel fehlten mehrere Knöpfe. Angeklagt der Schuld beweise legte der des Mordes überführte Ruffe ein Geständnis ab. Er will die Babisz schon lange gekannt, und ihr vor 30. acht Wochen Heiratsanträge gemacht haben. Der Mörder befand sich schon am Montag morgen in der Wirtschaft und erlachte mehrfach die Wirtin, die mit ihrem Manne in der vorhergehenden Nacht auf einer Festlichkeit gewesen war, sich doch Ruhe zu gönnen und ihre Privatwohnung aufzusuchen. Als dann kurz vor 11 Uhr die Frau jorking, begab sich R. in die Küche, ergriff ein dort liegendes Messer und stieß es dem Mädchen in den Hals, nachdem er es zuvor gewürgt hatte. Das Mädchen wehrte sich und bei dem Kampf zwischen den beiden riß der Unmensch seinem Opfer eine Anzahl Haare aus. Nachdem die Babisz den letzten Seufzer getan hatte, machte sich R. über die Ladentasse her und entnahm ihr etwa 100 Mark. Die übrigen Auslagen des Ruffen, der sonst gut deutsch spricht und in einer Fabrik in Harburg arbeitete, waren höchst unklar. Auch mit der Köchin beim russischen Konsul hatte er Heiratspläne gehabt. Die Mordtat ist, wie inzwischen festgestellt wurde, mit einem Küchenmesser des Wirts ausgeführt worden. Der Mörder, ein hünenhaft gebauter Mensch, wurde noch am Montag abend um 8 Uhr dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Kiel. Ein Jahr Gefängnis für eine Ohrfeige. Am 1. Mai besuchte der Heizer Sch. von der Hüll „Kronprinz“ seine in Ellerbeck wohnenden Eltern. Nachdem er die elterliche Wohnung wieder verlassen hatte, unterhielt er sich mit Bekannten auf der Straße. Er soll nun einen Maaten, der vorbeikam, nicht gegrüßt haben. Der Maat ging hinter ihm vorbei, so daß er ihn wohl nicht gesehen hat. Wegen des Nichtgrüßens kam es zwischen dem Sch. und dem Maaten zu einer Auseinandersetzung, wobei letzterer von Sch. eine Ohrfeige erhielt. Das Kriegsgericht erblidte darin einen tätlichen Angriff auf einen Vorbesetzten und verurteilte Sch. zu einem Jahr Gefängnis. — Sozialdemokraten sind milderer Rechts. Die Regierung hat dem Genossen Ribbe, der von der Stadtratsversammlung in die Schulddeputation gewählt wurde, wieder die Bestätigung verweigert. Dasselbe passierte Genossen Ribbe vor einigen Jahren schon einmal. — Tinnungsmeisterlicher Terrorismus. Der bekannte günstige Wind hat unjerm Kieler Bruderorgan folgendes Schreiben auf den Redaktions-tisch geweht:

Kieler Schlächteramt.
An die Mitglieder!
Nachdem die in der letzten außerordentlichen General-versammlung anwesenden Mitglieder (121) eine freiwillige Vereinbarung getroffen haben,
„an die sogenannten „dänischen Fleischhaken“ oder an irgend jemand, der mit denselben in Geschäftsverbindung steht, nichts zu verkaufen oder abzugeben“, werden auch diejenigen Mitglieder, die in der Generalver-sammlung nicht anwesend waren, sowie alle unsere Geschäfts-freunde höflichst gebeten, sich dieser freiwilligen Ver-einbarung anzuschließen.
Der Vorstand.

„Freiwillige Vereinbarung“ nennt man das. Der Kunde weiß aber, wie solche „Vereinbarungen“ zustande kommen. Die Entziehung des Kredits, Einwirkung auf Engros-schlächtermeister usw., nichts zu liefern, nichts abzunehmen, sind dann die Folgen, wenn einer nicht parieren will.

Hensburg. Gasvergiftung. Fabrikant Christian Hansen-Gooß, Mitinhaber der Fabrik Hansen u. Gooß, wurde in seinem Badezimmer tot aufgefunden. Die Todes-ursache ist Gasvergiftung.

Wilhelmshaven. Die Gelben auf der Kaiser-lichen Werft in Wilhelmshaven. Seit einigen Jahren besteht in Wilhelmshaven-Müntringen ein sogenannter Vorarbeiterverein, der zunächst neutral sein wollte. Im Laufe der Zeit jedoch machten sich in ihm Tendenzen bemerkbar, die den Verein offensichtlich in das gelbe Fahr-wasser zu treiben suchten. Zuerst begann der Verein, sich an den Krankentassen- und Arbeiterauswahlgewahlen zu be-teiligen mit Kandidaten, die mit beiden Füßen im so ge-nannten nationalen Lager standen. Dann verging kein patriotischer Rummel, bei dem der Verein nicht aktiv mitwirkte. Jetzt nun hat er auch offen den Anschluß nach den Wirtschaftsfriedlichen gesucht. Seine neuen Aufnahmescheine lauten folgendermaßen: „Jedes Mitglied der Vorarbeitervereinigung erhält bei seinem Tode 100 M., beim Tode seiner Ehefrau 50 M. Jedoch darf das Mitglied nicht der sozialdemokratischen Partei oder einem solchen Verband angehören. Sowie es der Partei oder dem Verbands angehört, zahlt die Vereinigung kein Sterbegeld.“ — Erkläre mich zur Aufnahme mit obgenanntem Passus einverstanden. Unterschrift.“ Auch den gegenwärtigen Mitgliedern wurde der Passus zur Unterschrift vorgelegt. Hatte es sich doch herausgestellt, daß mancher Vorarbeiter nur zwangsweise dem Vorarbeiterverein angehörte, und trotz-dem Mitglied einer freien Gewerkschaft oder der sozialdemo-kratistischen Partei war. Dem soll nun ein Ende gemacht werden, unbekümmert um den § 1 der Satzungen, der den Satz enthält: „Parteiliche Tendenzen sind vollständig ausgeschlossen.“ Das wird übrigens die freigewerkschaftlichen Organisationen auf der Staatswerft wenig beeinträchtigen.

Bremen. Preussische Bundesfreundlichkeit. Wie Sachsen und die thüringischen Staaten Anlaß haben, lebhaftest Klagen über die preussische Eisenbahnpolitik zu führen, so beklagte man sich in der Bremer Bürgerschaft darüber, daß dieser Kleinstaat die Kosten der gewaltigen Hafenanbauten allein tragen muß. Der bremische Staat muß neuerdings für Hafenanbauten 27 Millionen aufwenden. In der Bürgerschaft führte der Syndikus der Bremer Handels-kammer, Dr. Avel, unter Zustimmung der gesamten Bürger-schaft lebhaftest Klage darüber, daß das kleine Bremen diese immensen Kosten für die Hafenanlagen allein tragen müsse, obwohl das Reich davon doch auch sehr großen Nutzen habe. Und in der Tat, auf die Dauer wird ein solcher Zustand nicht auf-recht erhalten bleiben können, daß sich das Reich um solch wich-tige Hafenanlagen gar nicht kümmert und einen Kleinstaat sich daran geradezu finanziell verbluten läßt. Auch der große Bundesstaat Preußen hat bei der Abtretung des für die Hafenerweiterung notwendigen Geländes bei Bremerhaven für den Staat Bremen drückende Bestimmungen in den Ver-trag hineingebracht, freilich wohl in der Hauptsache auf Drängen der preussischen Orte Geestemünde und Lehe, die bekanntlich der Stadt Bremerhaven direkt benachbart sind. Da ist die Industrieklausel: im abgetretenen Hafengebiet dürfen keine Industrie-Etablissements errichtet werden; oder die Fischereiklausel: die Gerechtsame zum Fischen in dem neuen Hafengebiet verbleibt den beiden erwähnten preussischen Orten. — So erweist sich die deutsche Kleinstaaterei immer mehr als ein Hemmschuh der Entwicklung.

Theater und Musik.
Das Stadthallen-Sommertheater brachte am Montag die „erfolgreiche“ Neuheit „Der ungetreue Gekhart“ von Hans Sturm. Der Verfasser hat sich Thomas „Moral“ zur Vorlage seines Schwanks genommen. Frä. Stürmer, ein Schwiegersohn des Kommerzienrats Langendorf ist ein unverwundlicher Don Juan. Während seiner vierjährigen Ehe hat er bereits das vierte Verhältnis, das seine Frau entdeckte. Diesmal ist er aber schlau gewesen. Er hat die Wohnung, in der er die Dame seines Herzens ausheilt, auf den Namen seines Schwagers Dr. Gekhart Bleibren ge-mietet und sich auch der Geliebten als solchen vorgestellt. Das beichtet er dem getreuen Gekhart, der das Muster eines Schenannes ist. Die Frau desselben weiß bereits Bescheid von der Untreue ihres Gatten. Gekhart muß versprechen, die moralische Entgehung auf sich zu nehmen. Bald darauf nahen Frauen und Schwiegermutter. Der Kommerzien-rat selbst nennt seinen Schwiegersohn einen Stim-per in amourensen Dingen. Gekharths Frau will sich scheiden lassen, der Alte jedoch duldet keinen Skandal. Der Onkel des „Verhältnisses“ rückt als wüster Schläger auf die Bude Gekharths, entpuppt sich aber als Lebensversicherung-agent. Mit 50 000 M. nimmt er Gekhart auf. Der Schwiegervater unterschreibt, um den Duellskandal zu ver-meiden. Eine Reihe Verwickelungen kommen vor. Im letzten Akt wird bekannt, daß der Erbprinz sich in Gekharths Verhältnis verliebt hat. Die Tochter des Kommerzienrats sind darüber ganz selig. Die ganze Stadt findet Gekhart — den Borgänger — riesig interessant. Gekharths Frau wärmt für ihren Mann. Die Frau von Frä. Stürmer ist stolz, daß ihr Mann schon drei Verhältnisse hatte. Der Erzähler des Pringen meldet sich. Der Kommerzienrat fürchtete, man nehme ihm den Ehrenposten als Sittlichkeits-verkeimvorwärtender. Mit nichts! Er wird Geheimrat und Gekhart bekommt einen Orden. Frä. Stürmer ist wütend. Seine Beichte glaubt ihm niemand. Gekhart ist stolz.
Man trägt dieses Gemisch aus Humor und Gemüts-athletik ohne ernsthafte Störungen im Allgemeinbefinden und freut sich, daß es noch Leute gibt, die die Dinge des Lebens und der Kunst so ansehen wie S. Sturm. Die Herren Weinlein, Grün, Schiele und Keister, sowie die Damen Joseph, Schweizer und Boedisch befriedigten darstellerisch. Herr Knörer als Kommerzienrat und Franziska Heuberg als dessen Frau verdienen beson-deres Lob. Das leider nur schwach besetzte Haus spendete viel Beifall.

Letzte Nachrichten.
Touristendrama in den italienischen Alpen. Ein tra-gisches Unglück hat sich am Sonntag bei der Besteigung des Grigna ereignet. Vier junge Leute aus Mailand hatten ohne Führer die Besteigung des Berges unternommen. Drei von ihnen, die mit Seilen aneinander gebunden waren, stürzten eine 200 Meter tiefe Schlucht hinab und wurden unten zerschmettert. Die Opfer sind der Ingenieur Mazzia, der Student Venturoli und der Werkmeister Devecchio. Der vierte Teilnehmer, ein In-genieur Fasana, konnte ihre Leichen nur mit größter Mühe erreichen und dann absteigen, um eine Expedition zur Bergung der Verunglückten herbeizuholen.
Wahnsinnstat einer Mutter. In Gassau (Schweiz) hat eine Frau im Wahnsinn ihre drei Kinder im Alter von zwei bis fünf Jahren ertränkt.
Wenn junge Leute lieben. In Lexington im Staate Kentucky spielte sich am Sonntag ein Liebesdrama auf offener Straße ab. Zwei 17jährige junge Leute, die in eine hübsche junge Dame verliebt waren, standen seit längerer Zeit auf dem Kriegsfuß, weil jeder den anderen von der Liebesfeier bevorzugt glaubte. Gestern nun fand ihr Liebesfest einen blutigen Abschluß, als sie beide auf der Straße ihrer Erwählten begegneten. Sie gerieten in einen Wortwechsel, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Beide zogen ihre Revolver und feuerten in blinder Wut auf-einander los, bis sie beide tödlich verletzt die Straße bedeckten. Die betreffende Dame selbst hatte vordem keine Ahnung, daß es so um die beiden Jünglinge stand. Das Traurige an dem blutigen Drama aber ist, daß die Frau, um derentwillen das Blut zweier Menschen floß — ver-heiratet war.
Vom Schlachtfeld der Arbeit. In einem Steinbruch zwischen Tarare und Lyon wurden, wie aus Paris berichtet wird, durch herabstürzendes Gestein drei Arbeiter ge-tötet und zwei schwer verletzt.

Literarisches.
Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Bormann, Paul Singer & Co. H. Berlin SW 68. Redaktion Dr. Albert Siedel. Jede Woche erscheint ein Heft. Abon-nementspreis vierteljährlich 3 M. Einzelhefte 30 P. Be-stellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postanstalten und Rolporture entgegen.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich - genossenschaftliche
Versicherungs - Aktien - Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

**Geöffnet: Wochentags
abends von 7 1/2—9 Uhr.**

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Der heutigen Auflage unseres Blattes liegt ein Pro-spekt der Dampfbäcker „Panja“, Lübeck, über Calcium-Brot bei.

Gutachten auf Befund von
chemischen Analysen.

Dr. R. Behn

Vereidigter Handelschemiker Lübeck.

Das stark dunkelbraune nicht trübe Bier
hat einen kräftig würzigen und angenehmen
süßen Geschmack.

Die reichlich aber nicht übermäßig vor-
handene Kohlensäure unterstützt diese
schätzenswerten Eigenschaften in hervor-
ragender Weise, umso mehr, als sie in einer
Bindungsform vorhanden ist, die ein schnelles
Schalwerden des Bieres ausschließt.

Hiermit im Zusammenhange steht die
sehr gute Haltbarkeit des Bieres.

Seinem besonderen Verwendungszweck
entsprechend ist an diesem Befund zunächst
der hohe Eisengehalt des Bieres von 0,125 gr
pro Liter bemerkenswert.

Das Eisen ist in organischer Bindung
vorhanden, also leicht vom menschlichen
Körper resorbierbar.

Kommt diesem Umstande eine, in erster
Linie, medikamentöse Bedeutung zu, so verleiht
die sonstige Zusammensetzung, insbe-
sondere der hohe nahezu 14% betragende
Extraktgehalt, wovon ca. 12% Kohlehydrate
(Malzzucker etc.), und der recht niedrige
Alkoholgehalt = 1,05% dem Erzeugnis die
Eigenschaften eines ganz vorzüglichen diäte-
tischen Nahrungsmittels, welches einer Beachtung
der Aerzte sicher nicht entgehen wird.

Einige Aerzte-Gutachten

über Eisenbier „Ferrmaltan“.

Sanitätsrat Dr. Clementz, prakt. Arzt, Lützen:

Das sehr bekömmliche und wirksame
Getränk werde ich andauernd in geeigneten
Fällen verordnen, errichten Sie hier eine
Niederlage.

Dr. med. Helmbach, prakt. Arzt, Viersen:

Besonders bei starken Blutungen und
Blutverlusten habe ich sehr gute Wirkungen
beobachtet, zumal dasselbe von den Patienten
wegen seines vorzüglichen Geschmacks,
trotz des hohen Eisengehalts gern ge-
nommen und vertragen wird. Frau Apo-
theker H. . . welche bis jetzt keine Eisen-
Präparate vertragen konnte, nimmt es ohne
jegliche Beschwerden und hat die Milch-
menge sich erheblich vermehrt.

Stadt. Krankenhaus Nordend, Dr. Ganz, Berlin:

Mit den Ergebnissen bin ich sehr zu-
frieden. Es muß als gutes Nähr- und
Kräftigungsmittel betrachtet werden. Bei
langwierigen Verdauungsstörungen (Lungen-
und Darm-Tuberkulose) ist es ein anregen-
des Nahrungsmittel, Gewichtszunahmen der
Patienten rasch, Blutkörperchenvermehrung
steigend. Diese Versuche wurden an ca. 20
Patienten laufend im Krankenhaus angestellt.

Dr. J. Frank, Direktor der Provinzial-Hebam-

men-Lehranstalt, Köln, Mitgl. der Akademie,
spricht sich sehr lobend über die Wir-
kung des Eisenbiers aus, verordnet laufend
in der Anstalt und empfiehlt den entlassenen
Patienten, es weiter zu trinken. Ebenso
wird es auf seine Weisung hin in der
Augustiner-Krankenheil- und Pflgeanstalt
Cöln, angewandt.

Dr. med. Meller, prakt. Arzt, Ehrenfeld:

Das Eisenbier ist wohlbekömmlich und
wird von Kranken und Schwachen mit
Erfolg getrunken.

etc. etc.

3945

Sie können reich werden

an Blut, diesem edelsten Stoff des menschlichen Körpers. Das Blut ist gleichsam der Mittelpunkt der
Ernährung, das Wichtigste zum Aufbau des gesamten menschlichen Organismus

Blut durchfließt in stetem Kreislauf die Adern des Menschen und gibt ihm das Leben!

Blutarmut gibt Kraft und Lebensfreude und damit dem Menschen das höchste Glück - die Gesundheit! Bei
hat das Blut einen Mangel an roten Blutkörperchen, welcher ergänzt werden muss.

Eisen bildet Blut!

Diese wissenschaftlich bestätigte Tatsache hat die Veranlassung zur Herstellung von Eisenpräparaten
gegeben, welche eine Vermehrung der roten Blutkörperchen bei Blutarmut etc. bezwecken sollen. Hiermit
sind bisher und werden immer noch ganz bedeutende Erfolge erzielt. Viele Stärkungsbedürftige haben gegen
medikamentöse Mittel, welche längere Zeit genommen werden müssen, um Wirkung zu erzielen, eine ge-
wisse Abneigung. Diese Abneigung macht sich ganz besonders bei Reichen von Eisenpräparaten bemerkbar.

Nach jahrelangen Versuchen ist es gelungen, **organisches**
Eisen im „Nationalgetränk der Deutschen“, im Bier, lös-
lich zu erhalten. Der Reichskanzler des deutschen Reiches
hat im Verein mit dem Finanzminister infolge des hohen
wirtschaftlichen und hygienischen Wertes zur Herstellung von



Eisenbier

„Ferrmaltan“



D. R. P. No. 261305, D. R. Wz. No. 134826, No. 137327 und No. 18333

eine Ausnahme für das Brausteuergesetz gestattet. Dieses hervorragende Nähr-, Stärkungs- und
Erfrischungs-Getränk ersetzt in seiner Wirkung die teuren Eisenpräparate vollständig und bietet bei
seiner Billigkeit jedem Stärkungsbedürftigen die Möglichkeit einer erfolgreichen Kur.

Eisenbier „Ferrmaltan“ enthält eine so reichliche Menge an organischem
Eisen, welche genügt, den Mangel an roten Blutkörperchen in den Adern des Blutarmen zu ergänzen.
Eisenbier „Ferrmaltan“ vereinigt in seinen Urstoffen grosse Mengen leicht ver-
daulicher, absorptionsfähiger Nährstoffe. Malz, Phosphorsäure, organisches Eisen, hoher Maltosegehalt, diese
Bestandteile verbürgen die nährnde und stärkende Wirkung. Dazu kommt der Gehalt an Hopfen, welcher den
Magen und Darm zu erneuter Tätigkeit anregt und dem Getränk einen angenehmen, würzigen Geschmack gibt.

Eisenbier „Ferrmaltan“ ist **alkoholarm** und der Genuss desselben
schafft Wohlbehagen, wie man es selten nach dem Genusse eines anregenden Getränkes beobachtet, es
bereitet der empfindlichsten Konstitution des Menschen keinerlei Beschwerden und beruhigt die Nerven.

Eisenbier „Ferrmaltan“ wird ärztlich empfohlen und ist von hervorragenden
Chemikern analysiert und günstig beurteilt. Fragen Sie Ihren Arzt!

Eisenbier „Ferrmaltan“ ist das
idealste Nähr-, Stärkungs-, und Erfrischungs-Getränk
bei Bleichsucht, Blutarmut, Skrophulose, Schwächezuständen, Blutverlust, Husten und Heiser-
keit, Nervosität, Altersschwäche, für Rekonvaleszenten, schwächliche Kinder, Wöchnerinnen,
stillende Mütter, Touristen und Sportleute, zur Erhöhung des Körpergewichts etc.

Preis pro 0,33 Liter-Flasche 20 Pfg.

Erhältlich in Drogerien, Kolonialwarenhandlungen u. einschlägigen Geschäften.

Telephon 69.

Aktienbierbrauerei Lübeck.

Telephon 69.

Am Montag mittag entlich
lang nach kurzer Krankheit unsere
liebe Mutter, Schwäger und Groß-
mutter

Dorothea Zeß, geb. Steinhof.
im 78. Lebensjahre, tief betrauert
von den Ihrigen. (3959)
Witt. Zeß.

H. Zeß und Frau, Schwerin i. M.
J. Zeß und Frau, Hamburg.
G. Westphal und Frau, geb. Zeß,
Gredemühlen.

Lübeck, den 19. Mai 1914.
Oberstraße 55.
Trauerfeier Freitag, den 22. Mai,
nachm. 2 1/2 Uhr, in d. Kapelle Bornwerf.

Für die zahlreichen Kranzspenden
anlässlich des Ablebens meiner Frau
lage hiermit meinen herzlichsten Dank

K. Howe.

Gedacht zu sein
1 Junge beim Milchwagen
Holländer Rosch, Waghorn.
Zu melden zwischen 12 und 1 Uhr.
(3944) Annenstraße 6.

Ein möbl. Zimmer
für 250 Mk. zu vermieten, separat.
(3947) Große Grödenstraße 27, I.

Freudliches Logis für 1 oder
2 junge Leute, parterre nach vorne,
zu vermieten. (3965)
Häuser Gredemühlenstraße 3, part.

Ein guterhalt. Küchenschrank
ohne Aufzug billig zu verkaufen.
(3941) Grödenstraße 52, I.

Ein fast neuer Sportwagen
zu verkaufen.
(3959) Grödenstraße 3, I.

Umhandelt eine freundl.

Drei-Zimmer-Wohnung

mit Garten, Stall und Keller
zum 1. Juli an einzelne Leute
oder mit 1 Kind zu vermieten.
Preis 200 Mk. (3954)

Bornwerf, Dorstraße 5, I.

Die Praxis des modernen

Maschinenbaus billig zu verk.

(3942) Langer Lohberg 7, I.

Zwei guterhalt. weiße Kleider

Größe 44, billig zu verkaufen.

(3941) Biegelstraße 19a, part.

Für neuer Turner-Anzug für

17-18 Jähr., Turnschuhe, Gr. 42,

Damen-Wäsche, Gr. 44, billig

zu verk. (3959) Ludwigstr. 9, part.

Guterhalt. schm. Schrock-Anzug,

mitl. Fig. u. ein weiß. Turnanzug

für Jüngling billig zu verkaufen.

(3937) Mühlenstraße 59-63, I.

Ort erhält. Mädchen-Kommode

zu kaufen gesucht. Angebote mit

Preis unter 10 Mk. an die Exped.

dieses Blattes. (3961)

Eine neue gute Landsped. und

eine Schaller zu verkaufen.

(3953) Schwartauer Allee 99, part.

20 Pfund Kartoffeln, 100 Pf.

kleine Kartoffeln zum Gutieren zu

verkaufen (3943) Ludwigstraße 63, I. I.

Kartoffeln zu verkaufen.

(3943) Schlauw. Reiferstr. 32.

Junge Gähörchen

zu verkaufen. (3959)

Annenstraße 295, III.

Persil

für

Kinderwäsche

Henkel's Bleich-Soda

2509



Meierei Schwartau

Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144

liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art
in bester Qualität. (281)

Beerdigungsinstitut Gebr. Mütter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstücken, Metall-, Perl- u. Blattränzen.

Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Schulschreibhefte

mit den neuen Einsteckern sind zu beziehen durch die

Buch- und Papierhandlung Friedr. Mener & Co.

Gefunden eine Brille in der
Waisenhofstraße. Abzuholen gegen
Inserationskosten. (3940)

Reiferstr. 50, part.

Plakate

seit

Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genußmitteln

sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der

Buchdruckerei d. Lüh. Volksh.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Otto Albers Kohl.

Markt 4 10

sind vorteilhaft bekannt durch

gute Verarbeitung u. sehr billige

(172) Preise. U. a.:

Lederhosen . . . 2.20-6.45

Mauerhosen . . . 2.60-6.75

Schloßhosen . . . 1.88-5.25

Überziehhosen . . . 1.08-2.35

Jeans-Hosen . . . 1.68-3.25

leimene Jacken, Strümpfe u. gerabe,

1.28, Kragen, Hemden, Schlach-

terjacken, Friseurjacken, Wästermäntel

erkautlich billig. Nähen von 30

Pf. bis 1.88 Mk. Note Subcom.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der

Buchdruckerei des Lüh. Volksboten.

Johannisstraße 45.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 18. Mai.

261. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Landesrat: v. Falckenhagen.

Die Anleihebedingung für die Schutzgebiete und eine Anzahl Rechnungssachen werden erledigt.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes betr. Verringerung des Militärstrafgesetzbuches.

Kriegsminister v. Falckenhagen: Veranlaßt durch die bösen Erfahrungen mit dem Erfurter Notgesetz hat die Heeresverwaltung versucht, ein vom Standpunkt der gesetzgeberischen Technik einwandfreies Werk zu liefern. Nachdem der Entwurf das Stadium der Kommissionsberatung überstanden hat, erkenne ich das Kind nicht wieder. (Seitertzeit.) Mit Genugtuung aber kann ich feststellen, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen als technisch einwandfrei anerkannt werden mußten. Die Beseitigung des strengen Arrestes würde in manchen Fällen die Verhängung der Gefängnisstrafe mit der Wirkung des Nachbienenmüssens zur Folge haben. Ueberhaupt würde die Annahme der Kommissionsbeschlüsse zu unhaltbaren Rechtszuständen und zu weiteren Unstimmigkeiten in dem schon durch die Ver Erfurt verurteilten Militärstrafrecht führen. Somit kann die Heeresverwaltung den Kommissionsbeschlüssen nicht zustimmen. Die Folgen des Scheiterns der Vorlage werden die armen Teufel tragen müssen, denen sie Widerungen bringen sollte, sowie die Militärjustiz, die mit den durch die Ver Erfurt geschaffenen Unstimmigkeiten weiter arbeiten muß. Die Kommission hat dem strengen Arrest den Todesstoß versetzt wollen, ohne irgendwie für Ausfüllung der Lücke zu sorgen. Der strenge Arrest ist in keiner Weise gesundheitsgefährlich. Die Betroffenen erhalten eine warme Zelle und Wasser und Brot und haben zwischen durch gute Tage. (Lachen bei den Soz.) Wir können den strengen Arrest unmöglich entbehren, da für gewisse Elemente der Militärstrafrecht nicht abstrahierend genug ist und wir die Strafe der Verschärfung in Kolonien nicht kennen. Schließlich kann man im Militärdienst doch nicht nach den Rezepten eines Mädchenpensionats verfahren. (Seitertzeit.) Unbedingt ablehnen muß die Heeresverwaltung auch die Verringerung der Bestimmungen betreffend die Kontrollversammlungen. Was gleich nach 1871 als notwendig erachtet wurde, kann in der Zeit der antimilitaristischen Wühlereien und Scherereien erst recht nicht entbehrt werden. Wollends unannehmbar sind die sozialdemokratischen Änderungsanträge, die den strengen Arrest völlig beseitigen und die Verschärfung in die zweite Klasse des Soldatenstandes nur für schwere Verbrechen zulassen wollen. Völlig unannehmbar ist auch der Antrag Müller-Meinungen, der die Mindeststrafe für so schwere Verbrechen wie Zuhälterei und Komplotz bis auf einen Monat herabsenken will. Ich bitte dringend, weder die Kommissionsbeschlüsse noch diese Änderungsanträge anzunehmen, sondern die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Im anderen Falle lehnt die Heeresverwaltung alle Verantwortung ab. Sie hat prompt die höchst ansehnliche Ver Erfurt durchgeführt. Wenn eine Reform des Militärstrafrechts durch die Beschlüsse des Hauses auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werden sollte, so kann sich die Heeresverwaltung jeder Schuld ledig sprechen. (Lebh. Beifall rechts.)

Stadtthagen (SD.): Nur in ganz beiseidener Weise ist die Kommission über die Vorschläge hinaus gegangen, welche die Regierung zur Verringerung unerträglich drakonischer Strafen gemacht hat, aber sofort erklärt der Kriegsminister, das Unannehmbar. Dieses Unannehmbar stellt er insbesondere den Anträgen auf Einstellung des strengen Arrestes entgegen. Der strenge Arrest ist aber kein innerhalb der Kultur zulässiges Strafmittel. Nur, wer auf dem Standpunkt steht, daß ihm die ganze Kultur geschlossen werden kann, wenn nicht für andere der strenge Arrest besteht, kann die Beseitigung und selbst die Verringerung dieses Strafmittels erklären. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Kriegsminister hat den strengen Arrest und sogar das Wasser und Brot, das darin den Soldaten verabfolgt wird, in losenden Farben geschildert: viele empfinden ihn geradezu als Wonne. Merkt denn der Kriegsminister nicht, wie jämmerlich dann die sozialen Verhältnisse Deutschlands sein müssen, wie schmächtig dann die Regierung ihre Pflicht verletzt hat, für das Wohl des Volkes zu sorgen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der strenge Arrest ist eine geradezu unerträgliche Qualerei. (Zuruf rechts: Sie wissen das wohl aus eigener Erfahrung!) Das gerade nicht. Aber wir kennen die Leute, wenn sie herauskommen, wir kennen die Mitteilungen der Ärzte, wir wissen, daß kein anderer Staat, selbst kein Barbarenstaat, ein derartiges Strafmittel kennt. Der Kriegsminister sagte zur Entschuldigung des strengen Arrestes, die Soldaten würden verheßt. Das stimmt bis zu einem gewissen Grade. Die Soldaten werden verheßt, wenn Unteroffiziere und Offiziere unter Verletzung ihrer Gehorsamspflicht die Soldaten mißhandeln oder in ihrer Ehre kränken. Unbegreiflich ist nur, daß man dann die in ihrer Ehre oder an ihrem Körper Verletzten in den strengen Arrest steckt, die Quäler aber davor bewahrt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn der strenge Arrest wirklich eine solche Wonne ist, warum verbringen denn die Offiziere nicht ihren Ferienurlaub darin. Mit solchen Redensarten macht man uns den strengen Arrest nicht erträglich. Der Kriegsminister tut sich auf diese Vorlage große Stücke zu gute, aber in Wahrheit ist sie gar nicht der Rede wert. Sie entspricht eigentlich nur der Furcht davor, daß unsere mildere Auffassung bei den Gerichten durchdringt, wonach in den minder schweren Fällen auf die Verschärfung in die zweite Klasse des Soldatenstandes nicht erkannt werden darf. Gerade weil die Regierung das fürchtet, brauchen wir ihre Drohungen nicht ernst zu nehmen. Für absolut unannehmbar hat der Kriegsminister erklärt, daß in Sachen der Kontrollversammlungen das Recht wieder auf die Füße gestellt wird. Denn die geltende Rechtsauffassung, daß das der Soldat auch nach der Kontrollversammlung den ganzen Tag über unter dem Militärgeß steht, ist rechtswidrig und unnötig. § 6 des Militärstrafgesetzbuches bestimmt, daß für die Mannschaften des Beurlaubtenstandes die Vorschriften des Militärstrafrechts nur für die Zeit gelten, in welcher sie sich im Dienste befinden. Das heißt ganz klar — daß sie nur während der Dauer der Kontrollversammlung den Militärstrafgesetzbuches im Jahre 1872 hat kein Mensch etwas anderes gedacht. Diese Auffassung galt bei den Gerichten bis zum 30. Juni 1885. Von da an wurde auf einmal der ganze Tag der Kontrollversammlung dem Militärgeß unterstellt. Selbst die nationalliberale Exzellenz, Reichsanwalt a. D. Hamin, Hauptmann der Landwehr hat die jetzige Auffassung für unrichtig erklärt. § 15 der Wehrordnung hebt ausdrücklich hervor, daß die Kontrollversammlung nicht Dienst, sondern eben nur Kontrolle ist. Die Reservisten und Landwehr-

leute machen am Tage der Kontrollversammlung keine Übung, sondern stellen sich eben nur zur Kontrolle und unterziehen deshalb nur während der Kontrolle den Militärgeßen. Die höchste Strafe für disziplinäre Vergehen während der Kontrollversammlung beträgt drei Tage Arrest. Aber für Vergehen nach der Kontrollversammlung am gleichen Tage 4—6 Wochen Arrest. Solchen Widerspruch gutheißen, aber der Geßgeber unmöglich gewollt haben. Der Kriegsminister hat gemeint, der Tag der Kontrollversammlung sei ein Feiertag, ein Feiertag für die Beurlaubten. Der Tag unterscheidet sich für die Reservisten von den anderen Tagen dadurch, daß sie leicht für Lappalien ins Gefängnis oder ins Zuchthaus kommen können. Ein herrlicher Feiertag! (Stift. und Sehr gut! b. d. Soz.) Selbst Hamin hat es für unerträglich erklärt, daß für den Tag der Kontrollversammlung jeder Offizier und Unteroffizier als Vorgesetzter der Reservisten gilt, und gebietet, die Vorgesetztenqualität wenigstens auf den Offizier zu beschränken, der die Kontrollversammlung abhält. Der Kriegsminister stellte es so dar, als ob durch die harten Strafbestimmungen das Zivilleben werden muß. Das ist eine vollkommene Verleumdung und Verletzung des Rechtes der Bürger. Der Bürger ist Soldat für das Vaterland (so sollte es wenigstens sein!) und nicht, damit eine Reihe bezahlter Berufsbeamten, die man Offiziere nennt, ihn „erziehen“ können. Gerade diese Gegenüberstellung der Offiziere, der Vorgesetzten, der Halbgeßter, oberhalb jeder Kultur — auf der einen Seite als Selbstzweck, um das gemeine Volk auf der anderen Seite zu schulzregeln, oder — wie der Kriegsminister ein wenig lebenswütiger sagt — zu erziehen, natürlich durch den strengen Arrest, ist die schärfste Kritik des Militarismus und die beste Rechtfertigung unserer Forderung des Militärstrafrechts. (Widerpruch rechts.) Am liebsten möchten Sie die ganze Zivilbevölkerung doch ständig unter die Militärgeße stellen, um recht viel Gefinnungslumpen zu „erziehen“. (Lebh. Sehr gut! b. d. Soz.) Besonders Wert legen wir auf die Anträge, die den Reservisten bei der Kontrollversammlung das Recht geben sollen, Belästigungen und Körperverletzungen auf der Stelle strafrechtlich zu erwidern. Das muß für alle Soldaten in den Paragraphen 91 und 98 des Militärstrafgesetzbuches Recht werden. An sich haben ja die Soldaten ein Recht der Notwehr, aber das Reichsmilitärgericht hat es ihnen durch einen komischen Tanz eskamotiert, hat erklärt, es reiche nur bis zu dem Moment, wo verschiedene Grade in Frage kämen. Jetzt aber steht in der neuen Verordnung über den Waffengebrauch des Militärs vom 8. April 1914, daß jede Militärperson die Waffe gebrauchen kann, wenn Leib, Leben, Eigentum oder Ehre durch einen rechtswidrigen Angriff bedroht ist. Danach kann jeder Soldat auf Grund der kaiserlichen Kabinettsordre vom Recht der Notwehr auch gegenüber dem Vorgesetzten Gebrauch machen, im äußersten Falle ihn sogar mit der Waffe niederschlagen. Ein Vorgesetzter, der schimpft oder schlägt, verlegt damit selbst die Disziplin; die Disziplin kann also in seiner Person nicht geschädigt werden. Nehmen Sie diese Anträge ab, so machen Sie die Kontrollversammlung zu einem Feiertag der Rohlinge, die wie Hinkel-Gardisten zu ihrem Vergnügen prügeln. Unsere Anträge sind nur eine Ausfüllung der letzten kaiserlichen Kabinettsordre. Wir vertreten in diesem Augenblick die angeliebte Kommandogewalt des Kaisers. (Stift. und Stift. b. d. Soz.) Den Reichstag aber mahnen wir, sich vom Kriegsminister nicht schrecken zu lassen. Bleiben Sie fest, halten Sie auch einmal Disziplin! (Sehr gut!) Wer den Reichstag zwingen will, gegen seine bessere Ueberzeugung zurückzuweichen, heßt, und wer zu dem schmachvollen Unfall drängt, ist der Obergeßer. (Stift. b. d. Soz.) Folgen Sie ihm nicht! (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Stupp (Z.): Der strenge Arrest ist eine Straform, die dem zivilisierten Empfinden widerspricht. (Sehr richtig! links und im Zentr.) Es ist eine furchtbare Grausamkeit, einen Menschen auf 4 Wochen in eine Dunkelzelle zu sperren. Die Ausdehnung des Militärstrafrechts auf den ganzen Tag der Kontrollversammlung führt zu Ungeheuerlichkeiten. Wir halten in diesen Beziehungen und auch in bezug auf die mildere Bestrafung der Zuhälterei in letzten Fällen an den Kommissionsbeschlüssen fest.

van Calker (M.): Das ganze Militärstrafgesetzbuch ist reformbedürftig. Aber wir dürfen nicht Demonstrationspolitik treiben, sondern müssen praktisch arbeiten, deshalb ziehen wir was auf die Regierungsvorlage zurück. (Leutes Lachen bei den Natl. und im Zentr.)

Kriegsminister v. Falckenhagen: Ich wiederhole: alles was über die Regierungsvorlage hinausgeht, wäre für uns unannehmbar.

Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Der Reichstag soll also einfach abtun. (Sehr wahr! links.) Das machen wir nicht mit. Der Starrsinn der Regierung ist einfach unverständlich. Die Scherzworte des Kriegsministers waren höchst unangebracht. (Sehr wahr! links.) Schon Windthorst und Lascher haben den strengen Arrest als barbarisch bezeichnet. Mag die Regierung die Vorlage scheitern lassen, den Vorteil davon würde nur die äußerste Linke haben. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Falckenhagen: Die Politik der Regierung ist die Politik der gesunden Vernunft. (Beifall rechts; Lachen links.) Ich stehe zu jedem Wort, das ich gesagt habe (Hört, hört!), aber ich bitte zu bedenken, daß ich kein Parlamentarier bin. (Ironischer Beifall bei den Soz.) Im Rahmen dieser Vorlage sind die von Ihnen gewünschten Reformen unerreichbar.

v. Boehn (K.): Was tut es, wenn am Tage der Kontrollversammlung ein sozialdemokratischer Redakteur, der Reservist ist, keinen Artikel schreiben darf. Am besten wäre an jedem Tag Kontrollversammlung. (Gr. Heiterkeit.) Ich habe im strengen Arrest gelesen und mir ist er sehr gut bekommen. (Erneute Heiterkeit.)

Mertin (Sp.): Strenge, aber kurze Strafen ist unsere Parole. Die Regierung tut recht daran, daß sie dem Reichstag nicht nachgibt. (Beifall rechts.)

Stücklen (SD.): Für den Abg. v. Boehn wird der Arrest wohl ein fideles Gefängnis gewesen sein. (Heiterkeit.) Die Vernunft des Kriegsministers kann uns geföhlen werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Er will uns auf die Reform des Militärstrafgesetzbuches verweisen, die frühestens in zehn Jahren kommt. Solange können die Nationalliberalen warten, wir nicht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Kriegsminister hat nicht den geringsten Beweis dafür, daß wir die Soldaten verheßen. Wir ermahnen die Rekruten stets, sich nicht gegen die Disziplin zu vergehen, sich freilich auch keine Ungerechtigkeiten gefallen zu lassen. Die ganze Loyalität des Kriegsministers besteht darin, daß er Strafanträge in Massen stellt. (Sehr gut! bei den Soz.) Die deutschen Gerichte werden schon verurteilen, aber die Soldatenmißhandlungen bekämpfen man damit nicht. Nach dem Kriegsminister beruht die Disziplin der Armee lediglich auf dem strengen Arrest. Wie muß eine solche Aeußerung im Auslande wir-

ken! (Sehr wahr! bei den Soz.) Gegen die Abschaffung des strengen Arrestes erhebt man lediglich dieselben Einwände, wie früherzeit gegen die Abschaffung der Prügelstrafe. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die militärische Unterordnung vor der Willkür des strengen Arrestes hat sehr wenig Wert. Epileptiker und Geisteschwache werden erbarmungslos hingerichtet und manelung gequält. Solche Barbarei zu beseitigen ist einfach Menschenpflicht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Aufenthalt in den dunklen, feuchten und kalten Zellen, in denen selbst eiserne Nerven ruiniert werden, ist für den modernen Menschen unerträglich. Die Regierung selbst ist nicht in der Lage, alle Konsequenzen aus der Geltung der Militärgeße für den ganzen Tag der Kontrollversammlung zu ziehen. Dann sollte sie auch darauf verzichten, diesen Anspruch für Einzelfälle zu erheben. Der Reichstag darf sich nicht gefallen lassen, daß ihn die Regierung kommandiert, entweder die Vorlage unverändert anzunehmen, oder zu verzichten. Wir sind es der Würde des Parlaments schuldig, festzubleiben. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Sehrenbach (Z.): Bleiben wir fest, scheitert die Vorlage. Darunter leiden die jungen Leute beim Militär, und das können wir nicht verantworten. Selbst auf die Gefahr hin, daß man sagt, wir wichen feige zurück. (Lachen bei den Sozialdemokr.)

Walstein (Sp.) protestiert gegen die Art der Vornahme des Kriegsministers. In dieser Weise trete man Reichstagsabgeordneten nicht gegenüber.

Kriegsminister v. Falckenhagen erwidert, daß er jede weitere Konzeßion vor der allgemeinen Revision des Militärstrafgesetzbuches ein für allemal ablehne.

Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Die Art des Auftretens des Kriegsministers macht es für einen ehrliebenden Menschen ganz unmöglich, zurückzuweichen. Wir können die Vernunft nicht opfern, weil der Kriegsminister ihren Gründen widersteht. (Lebh. Beifall links.)

v. Brodhagen (K.): Am Sonnabend wurde über die langen Reden geilagt, und heute haben schon wieder drei Redaktoren zu einer Vorlage gesprochen. (Lachen links; Zurufe: Und jetzt kommen Sie noch! — Gr. Heiterkeit.)

Die Abgg. Gröber (Z.) und Müller-Meinungen (Sp.) beantragen, die Militärgeßnovelle von der Tagesordnung abzulehnen.

Die Abgg. Frant (SD.) und Stadtthagen (SD.) schließen sich diesem Antrage an.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Novelle zur

Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

Fischer-Sannoder (SD.): Die Erhöhung, die jetzt vorgenommen werden soll, ist aus Sparhamfertsgründen wieder ganz ungenügend ausgefallen. Bei Marine- und Militärforderungen ist man nicht so sparsam. Wir beantragen, die Mindestsätze für Zeuggengebühren von 20 auf 30 Pfennig pro Stunde zu erhöhen. Das Reich wird dadurch nicht bankrott werden. (Heiterkeit und Stift. bei den Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Dr. Cohn-Nordhausen (SD.) begründet den Antrag, den Zeugen auch eine Entschädigung für übermäßig lange Wartezeit zu geben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Dr. Cohn-Nordhausen (SD.) beantragt, die Ausnahmestimmungen für Gendarmen und andere Polizeibeamte zu streichen. Wenn man sie auf die allgemeinen Zeuggengebühren verweise und ihnen die Extracompensation vorenthalte, die ihnen jetzt § 14 zuspricht, werde die Kriminalität sofort bedeutend zurückgehen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt und der Rest des Gesetzes nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Dr. Cohn-Nordhausen (SD.) beantragt eine Resolution, daß in jedem Gerichtsgebäude Gelegenheit gegeben werden möge, einfache Speisen und alkoholfreie Getränke zu erhalten.

Die Resolution wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Es folgt die zweite Lesung der

Dampferjubilationsvorlage.

Die Kommission hat über die Regierungsvorlage hinaus auch für die Australienlinien die Subvention bis zum 31. März 1917 aufrecht erhalten.

Henke (SD.): Die Kommission will der Regierung eine Blankoollmacht ausstellen, dem Lloyd ungezählte Millionen zu bewilligen. Wir bekämpfen die Subventionen prinzipiell, weil sie keinerlei Gewähr für eine rationelle Entwicklung des Handels bieten. Das ist bekanntlich auch der Standpunkt des Herrn Ballin. Wenn Ballin in bezug auf die Austral-Linie eine Ausnahme macht, so lediglich aus imperialistischen Gründen. Bei der ersten Lesung haben die bürgerlichen Parteien eine Debatte überhaupt nicht zugelassen, jetzt bei der dritten Lesung hat sich keiner von ihnen zu Wort gemeldet. Das ist um so unerhörter, als diese Blankoollmacht der Anfang einer neuen außerordentlich viel umfangreicheren Subventionspolitik bedeutet. Gerade die infolge ihrer alten Kisten konfurrenzunfähige Austral-Linie des Norddeutschen Lloyd kann durch Subventionen unmöglich in absehbarer Zeit rentabel gemacht werden. Selbst nicht durch die Kulis, die sie wie die anderen subventionierten Linien zu Tausenden verwendet. Die Annahme der Subvention in unbestimmter Höhe für die Austral-Linie wäre einfach ein Skandal. (Lebh. Beifall bei den Soz.; Vizepräsident Dr. Paasche rügt den Ausruß.)

Unter fürmlichem Beifall verzichten alle bürgerlichen Redner aufs Wort.

Die Vorlage wird in zweiter und sofort in dritter Lesung angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Es folgt die zweite Lesung des

Gesetzes zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen

für Reichs- und Militärbedienstete. Die Kommission beantragt, die geforderten 25 Millionen Mark zu bewilligen, und eine Resolution zu beschließen, welche die verbündeten Regierungen um einen Geßekentwurf ersucht, nach dem Hypothekendarlehen für den Bau von Kleinwohnungen durch das Reich auch über den Kreis der Beamten hinaus übernommen werden sollen.

Dr. Threndt (Sp.) und Graf Westarp (K.) erjuchen um Ablehnung dieser bodenreformerischen Resolution.

Göhre (SD.) und Götting (M.) bitten, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen.

Der Geßekentwurf wird in zweiter und sofort in dritter Lesung angenommen; die Resolution gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Mitglieder der Wohnungskommission abgelehnt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung: Die Denkschrift über die Fälligkeit der Vermögensgegenstände wird gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten von der Tagesordnung abgelehnt.

Die Besoldungsvorlage.

Reichsfinanzsekretär Kühn: Wenn die jetzige Vorlage scheitert, so wird ein neues Besoldungsgefeß voraussichtlich geraume Zeit auf sich warten lassen. Die Leidtragenden werden die in der jetzigen Vorlage bedachten Beamten sein. Schwerlich würden die Aufbesserungen in der neuen Vorlage rückwirkende Kraft erhalten, da die Deduktion mit rückwirkender Kraft kaum ausgearbeitet sein würde. (Seitertzeit.) Zur Seitertzeit liegt gar kein Grund vor. Redner erklärt den Kompromißantrag, den verschiedene Parteien eingebracht haben, für annehmbar für die Regierung, die dagegen alle darüber hinausgehenden Forderungen ablehnen muß. (Hört, hört!)

Ebert (SP.): Die Erklärung des Reichsfinanzsekretärs kann uns in keiner Weise zu einer Verringerung unserer Forderung veranlassen. Die schonige Einmütigkeit des Reichstags, von der der Abg. Bäßermann bei der zweiten Lesung sprach, ist durch den konservativ-liberalen Kompromißantrag zerstört worden. Aus der Forderung ist eine Chamäleon geworden. (Hört, hört! bei den Soz.) Die armen Teufel im Dienste der Reichseisenbahn würden die Hauptleidtragenden bei der Annahme des Kompromißantrages sein, während die höheren Eisenbahnbeamten im Genuß ihrer Auszeichnungslage von 500 M. bleiben. Das ist ein Haß auf jede soziale Gerechtigkeit. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Auch die Versprechungen, die der Kompromißantrag für die gehobenen Unterbeamten enthält, sind in keiner Weise garantiert. Die Regierung hat nachher je gut wie völlig freie Hand und es ist zu befürchten, daß sie alsbald nach der preußischen Besoldungsvorlage sich richten wird. Dazu bieten wir nicht die Hand. (Lebh. Zustimmung. b. d. Soz.) Wenn von anderen Parteien die Einmütigkeit des Reichstages durchbrochen wird, so haben wir keine Veranlassung mehr, uns an die Kommissionsbeschlüsse zu halten. (Hört, hört!) Wir lassen uns auch dadurch nicht hindern, daß der Schatzsekretär die armen Landbesitzer gegen uns auszuspielen versucht. Diese Schichten haben aus den Vorgängen von 1909 gelernt und wissen unsere Gründe zu würdigen. Übrigens braucht der Reichstag, wenn er die Landbesitzer vor Schaden bewahren will, nur bei der dritten Lesung des Etats einmalige Zulagen für sie einzusetzen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Angelegenheit hat eine sehr bedeutsame allgemeine politische Seite. Es handelt sich darum, daß der Reichstag als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung anerkannt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Spahn (Z.): Die verbündeten Regierungen versprechen, den gehobenen Unterbeamten Berücksichtigung ihrer Wünsche bis zum Jahre 1916. Wenn aber der Reichstag dieses Versprechen im Gesetz festlegen will, so droht die Regierung, das ganze Gesetz scheitern zu lassen. Wir machen da nicht mehr mit. Mög die Regierung, wenn sie den Mut hat, daran die Vorlage scheitern lassen. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Kühn: Wir wollen nicht die gehobenen Unterbeamten befriedigen, ohne zugleich die anderen Beamten zu berücksichtigen, deren Ansprüche ebenso begründet sind. Darum sind und bleiben uns die Kommissionsbeschlüsse unannehmbar.

Dr. Schiffer (N.): Die Kommissionsbeschlüsse sind gewiß gut, aber eben das ganze scheitert, nehme ich lieber die Regierungsvorlage an, die weniger bringt.

Dr. Käßlin (Z.) schließt sich diesem Standpunkte an. Als Käßlin nach 8 Uhr seine ca. dreiviertelstündigen Ausführungen schließt, brechen die bürgerlichen Parteien in brandende ironische Hochrufe aus.

Die Diskussion wird geschlossen. Der Kompromißantrag Schiffer-Paper-Graf-Wehner, der die Regierungsvorlage widerherstellen und damit die Kommissionsbeschlüsse zugunsten der gehobenen Unterbeamten aufgeben will, wird im Hauptausschuß mit 12 gegen 119 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit besteht aus Sozialdemokraten, Zentrum und Polen, die Minderheit aus den übrigen Parteien einschließlich der Rechten und Linken. Damit ist die Besoldungsvorlage gescheitert.

Ein Verrätsungsantrag wird abgelehnt, aber nach einander in zum Teil heftigen Geschäftsordnungsdebatten alle noch ausstehenden Punkte der Tagesordnung abgelehnt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 10 Uhr. (2. Sitzung des Konturrechtsausschusses, des Quaestors, des Staats usw.)

Dr. Neumann-Hofer (SP.) beantragt, die Wahlprüfungen auf die Tagesordnung zu setzen. — Gegen den Widerspruch der Rechten wird nach Zustimmung durch den Abg. Haase (SP.) dieser Antrag angenommen.

Schluss: 8 1/2 Uhr.

Verammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 18. Mai.

(Fortsetzung der Beratung vom 11. Mai.)

Der Vorsitzende Timpke eröffnet um 6 Uhr 30 Min. die Sitzung. Er weist auf den in letzter Sitzung gefassten Beschluß über das Archiv hin, der in seiner Fassung nicht glücklich sei. Der Beschluß soll nun als Entschluß an den Senat gerichtet werden, damit dieser mit einer neuen Vorlage an die Bürgerschaft herantritt.

10. Antrag: Errichtung von Windmühlbauwerken an der Südwand des Bahnhofsplatzes.

Dr. v. Brocken hält im Interesse des Publikums, der Ausrunder und Werde den Bau für dringend erforderlich. Um die Besatzung zu beschleunigen, sollte das Finanzdepartement ermächtigt werden, ohne vorheriges Befragen der Bürgerschaft die Pläne zu verkaufen und ihr nachher davon Mitteilung zu machen. Der Rat über die Ausgänge bedürfte einer Abänderung.

Sachmann hält es für ausgeschlossen, daß sich bei der beizugewinnenden Privatunternehmer finden. Für Gewerbetreibende lauge der Weg nicht.

Senator Straß betont das Interesse des Staates an einer baldigen Lösung der Frage.

Dr. Schöner führt die großen Bedenken an, die durch die enorme Verschönerung auftreten und die seine Freunde veranlassen, gegen die Vorlage zu stimmen, vor allem auch, wenn die Bürgerschaft nicht vor dem Verkauf der Grundstücke an Private gehört werden sollte. Es handelt sich um einen wichtigen Platz, aber dessen zukünftige Benutzung man heute nicht wissen könne. Vielleicht läge einmal eine Substanzverwertung in Frage, wobei wir gezwungen wären, zu neuen Stellen wieder zurückzuführen. Es geht dann genau so wie beim Bürgermangel, wo auch jetzt große Freude über den vorzeitigen Verkauf geäußert habe. Nachher um die Wendung ein. Unter den jetzigen Bestimmungen hätte Redner die Vorlage abgelehnt.

Dr. v. Brocken hält es für richtig, daß der Rat für gewöhnliche Zwecke ungenügend sei. Die jetzigen Zustände hätten zu unzähligen Erfahrungen geführt, die der Abänderung bedürften. Es erhebe sich, mit Privaten abzuwickeln, wenn die Bürgerschaft nicht einmütig.

Aug. Vane: Der Staat kann sich doch nicht mit dem Wohnungsvermögen befassen. Zweckmäßig ist deshalb nur, daß sich der Staat gewisse Rechte vorbehält. Man sollte versuchen, aus der Lübeck-Büchener Bahn etwas herauszuholen.

Die Senatsantwort ist unverständlich. Vöbs fragt, ob die neuerschaffene Straße eine öffentliche liege. Wäre dies nicht der Fall, dann ist es schon ein Entgegenkommen an die Lübeck-Büchener Bahn. Redner stellt einen Antrag, die für An- und Abfuhr geschaffenen Ausgänge nur zu diesem Zweck zu verwenden.

Senator Straß: Die Lübeck-Büchener Bahn fordert eine neue Zufahrtsstraße. Etwas anderem stimmt sie nicht zu. Wollen wir dies nicht gewähren, hat das Weiterverhandeln keinen Zweck. Ein besonderer Antrag für das Recht der An- und Abfuhr ist nicht notwendig.

Ein Abänderungsantrag Dr. v. Brocken wird angenommen, derjenige von Vöbs abgelehnt. Auch der Antrag Dr. v. Brocken, die Verkauf ohne vorherige Genehmigung der Bürgerschaft zu vollziehen, wird angenommen. Die Senatsvorlage wird hierauf endgültig angenommen.

11. Antrag: Neupflasterung des Rolfes und der kleinen Petersgrube.

Wird debattelos genehmigt.

12. Antrag: Bau einer Travenbrücke bei Moisling und Peranziehung von Moisling und Genin zu den Bautocken.

Dierzu liegt eine Eingabe der Grundbesitzer zu Genin und von 250 Einwohnern Moislings vor, der vorgelegenen Erhöhung der Grundsteuer für Moisling und Genin keine Folge zu geben. Auch Legtmeyer (Moisling) hat eine Eingabe eingereicht.

Löwig stellt den Antrag, die Eingabe zu verlesen. Der Antrag wird genügend unterstützt.

Die Eingabe Legtmeyers, die von der Erbauung der neuen Brücke als einer Wohltat spricht, wird ebenfalls verlesen. Maack (Vorrade) weist auf die kleinen Grundbesitzer Moislings hin, die kein Fuhrwerk haben, aber die Brücke doch benutzen. Aus Schwellenliebe soll auch Genin beisteuern. Das ist nicht recht. Wenn es sich um mein und dem handelt, dann hört die Schwellenliebe auf. Das staatliche Gut Weigentode sollte die Hälfte der Bautocken bezahlen, die andere der Staat selbst, dann ist die Kostenfrage erledigt. Handelt es sich überhaupt um die Verbesserung der Verkehrsstraße, die der Allgemeinheit dient, soll auch der Staat die Last auf sich nehmen.

Löwig: Darüber, daß es erwünscht ist, eine neue Brücke herzustellen, herrscht in der Bürgerschaft Einmütigkeit. Auch die Einwohner Moislings sind davon überzeugt, daß der gegenwärtige Zustand der Brücke unhaltbar ist. Sie sind aber der Ansicht, es sei nicht gerecht, sie besonders für den Bau heranzuziehen, wie der Senat es will. Herr Legtmeyer glaubt allerdings, daß die Belastung der Bevölkerung mit einer erheblichen Grundsteuererhöhung angebracht sei. Er selbst gibt an, acht Grundstücke zu besitzen und gern bereit zu sein, die Grundsteuer zu tragen. Aber er sagt nichts davon, daß er bereits die Mieten, wahrscheinlich in Rücksicht auf den Brückenbau, erhöht hat. (Zuruf: Hört, hört!) Dem werden auch die übrigen Grundstücksbesitzer folgen. Das ist ohne weiteres klar und dies nimmt auch der Senat an, denn in der Vorlage heißt es, wenn die Grundbesitzer Moislings zur Heranziehung der Mieten genötigt würden, zogen die Leute nach Genin. Damit wird gesagt, daß die Grundbesitzer durch die Steuer zur Erhöhung der Mieten gezwungen werden. Wenn das richtig ist, und daran ist nicht zu zweifeln, trifft zu, was die Einwohner sagen, daß dies für sie eine neue Belastung bedeuten würde. Die Erfahrung lehrt auch, daß die Belastung über die Steuer hinaus höher würde, und das würde die Arbeiter doppelt schwer treffen in einer Zeit, wo alle Lebens- und Bedürfnismittel hoch im Preise stehen. Moisling ist stark von Arbeitern bevölkert, und diese würden in erster Linie getroffen. Ich bitte deshalb, dem, was die Erhöhung der Grundsteuer betrifft, nicht zu entsprechen. Ferner möchte ich auch auf andere Bedenken hinweisen, die in bezug auf die Brücke geäußert wurden. Die Brücke würde nach dem jetzigen Plan nicht dem Verkehr entsprechen, da sie nur neun Meter breit werden soll, von denen drei Meter auf die beiden Fußgänger verwendet werden. Wenn sich der Verkehr weiter so entwickelt, ist sie nicht ausreichend. Auch darüber bestehen Meinungsverschiedenheiten, ob die Höhe zweckentsprechend ist. In der Senatsvorlage wird weiter davon gesprochen, daß mit dem Brückenbau eine Regulierung der Moislinger Dorfstraße erfolgen soll. Das wäre erwünscht und notwendig. Nun hat sich in Moisling in letzter Zeit etwas Merkwürdiges abgespielt, das mit der Regulierung zusammenhängt. Die Gräben an der Ostseite der Dorfstraße, die zum Abnehmen der Abwässer dienen, wurden zugesüttet, ohne daß man Vorkehrung traf, wo jetzt das Wasser ablaufen soll. Bedenken, daß die Abwässer schädliche Einflüsse auf die Grundstücke haben können, bestanden auch bei der Behörde, denn bei der Schule in Moisling unterließ man das Zuzüßten. Die Einwohner sind der Meinung, daß allgemein Gelegenheit geschaffen werden muß, das Regenwasser ablaufen zu lassen. Die Behörde hätte sich vor dem Grabenzuzüßten mit den Einwohnern in Verbindung setzen und ihre Wünsche anhören sollen. Auch Herr Maack bezeichnete die Brücke im Interesse des Verkehrs für notwendig. Die Einwohner Moislings, die hauptsächlich Arbeiter sind, haben trotzdem kein solch großes Interesse dafür, daß man sie noch besonders deswegen belastet. Ist der Staat an dem größeren Durchgangsverkehr interessiert, soll er auch die Kosten tragen. Ich bitte Sie, die ersten beiden Punkte anzunehmen, den dritten aber abzulehnen. (Beifall bei den Soz.)

Senator Straß hält die Brückenhöhe und -breite für genügend. Das Interesse Moislings und Genins ist so groß, daß die Hälfte der laufenden Ausgaben von ihnen getragen werden können.

Beckhoff (Recke) weist auf die neue Verordnung über die Metallböden hin. Wollte man diese beseitigen, dann sollten auch die Leute entschädigt werden. Gent (Büttmisch) behauptet, daß der Staat als Domänenbesitzer in Moisling das größte Interesse an der Brücke habe. Er sollte auch die Kosten zahlen. Vöbs erachtet die Brücke in dem vorgezeichneten Maße für groß genug. Wollen die eingemeindeten Ortschaften Verbesserungen haben, dann müssen sie auch zu den Kosten beitragen. Redner betont weiter, daß beim Puppenbrückenbau ungeeignetes Sandmaterial verwendet worden sei.

Löwig: Es ist bedauerlich, daß der Senatskommissar kein Wort zu der Abwässerfrage gesagt hat. Die Einwohner von Moisling legen großen Wert darauf, zu erfahren, was in Zukunft geschehen soll, denn der jetzige Zustand ist unhaltbar und bedarf dringend der Abänderung. Herr Senator Straß sagte, wenn der Punkt 3 der Vorlage abgelehnt werde, würde die Brücke nicht gebaut. Wir haben von Herrn Legtmeyer gehört, daß die Brücke kurz vor dem Zusammenbruch stehe. Der Mann wird es wohl wissen. Die Wähler sollen verkauft sein. Da wäre es doch sehr unvorsichtlich von Senat und Baudeputation, wenn sie mit einer Vorlage kommen sollten, die nur eine Reparatur fordern würde, die ebenso

viel kostet. Ich freue mich, wenn die Brücke breit genug ist. Für die Überführung der Straßenbahn ist sie kaum breit genug. Das dauert allerdings wohl noch einige Zeit, aber die Brücke soll doch für mehrere Jahrzehnte ausreichen. Auch die hier gehörten Ausführungen bin ich in der Meinung bekräftigt worden, daß nur die ersten zwei Punkte angenommen werden dürfen. Die Brücke war schon vor der Eingemeindung Moislings vorgesehen, es wäre zu bedauern, wenn die Arbeiter Moislings deshalb jetzt nach der Eingemeindung besonders belastet würden. Sehen Sie in diesem Falle von einer Belastung der Arbeiter ab.

Senator Straß: Es handelt sich nicht um die Verlastung der Arbeiter, sondern um eine Sache, an der die Allgemeinheit Interesse hat. Die Brückenhöhe reicht für die nächsten Jahrzehnte aus, über alle kleinen Einzelheiten kann ich nicht Auskunft geben. Herr Vöbs hätte vorher eine Anfrage stellen sollen.

Beckhoff (Recke) hält die Brücke für hoch genug. Die Senatsvorlage mit der Erhöhung der Grundsteuer wird endgültig angenommen.

13. Antrag: Bewilligung von 16000 Mark für die Alterszulagen an Arbeiter der Baudeputation für das Rechnungsjahr 1913.

Löwig: Es scheint auf den ersten Blick, als werde hier den Arbeitern der Baudeputation ein erhebliches Entgegenkommen gezeigt. Demgegenüber muß ich betonen, daß die Arbeiter in ihrer Mehrheit diese Vorschläge nicht teilen. Sie sind der Ansicht und haben dieser Auffassung wiederholt in Eingaben Ausdruck gegeben, daß ihr Lohn durchaus nicht den tatsächlichen Lebensverhältnissen entspricht und daß dieser dringend der Aufbesserung bedarf. Die Baudeputation hat ihren Wünschen nicht entsprochen. Die Eingaben haben sehr lange auf Antwort warten müssen und sind nicht einmal in allen Fällen beantwortet worden. Es ist weit wichtiger, den Arbeitern angemessene Löhne zu zahlen, als Dienstalterszulagen einzurichten. Wie aus der Vorlage ersichtlich ist, werden diese Zulagen erst immer nach einer Reihe von Jahren gezahlt. Es kommt aber häufig vor, daß Arbeiter erhebliche Zeit bei der Baudeputation beschäftigt sind und dann wegen Arbeitsmangel oder aus sonstigen Gründen entlassen werden. Diese haben von den Dienstalterszulagen keinen Vorteil. Also auch aus dem Grunde, weil nicht alle Arbeiter daran partizipieren, ist dieses System ungerecht. Jedenfalls aber sollte Vorsorge getroffen werden, daß die Entlassenen, die den Anteil auf Grund ihrer Beschäftigung zu verlangen haben, den Anteil auch ausbezahlt erhalten. Ich weiß nicht, ob Bestimmungen bestehen, die diesem Wunsch entsprechen. Auf alle Fälle sollte dies geschehen.

Senator Straß sieht in den 16000 Mk. ein erhebliches Entgegenkommen. Es werde alles wohlwollend geprüft.

Ziele bekräftigt die Vorlage und wünscht eine bessere Bezahlung der kaufmännischen Angestellten der Staatsverwaltung, die noch mit 3 Mk. Tagelohn bezahlt wurden.

Löwig unterstützt den letzten Wunsch. Er habe nicht gefaßt, daß der Senatsantrag abgelehnt werden soll, sondern nur, daß er die Regelung nicht für glücklich halte. Er stütze sich auf die Erfahrungen, die in anderen städtischen Betrieben gesammelt wurden. Bei der Gasanstalt, wo auch Alterszulagen bestanden, sei nicht so verfahren worden. Man könne sich ja freuen, wenn die Praxis etwas Besseres ergebe. Herr Senator Straß habe betont, wer schnell gebe, gebe doppelt. Das sei ein gutes Wort, nach dem die Behörden sich nur nicht immer richteten. Die Arbeiter der Baudeputation haben schon vor langer Zeit um eine Aufbesserung ihrer Löhne ersucht, aber da habe diese Behörde nicht nach dem oben gehörten Grundsatze gehandelt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Senatsvorlage wird endgültig angenommen.

14. Antrag: Austausch von Landflächen in der Gemarkung Siems.

Vöbs wünscht nähere Auskunft vom Senat, insbesondere wie man sich die Anlage der Wege denkt. Eine Verbindung mit der Travenmündung Chaussee müsse man doch herstellen. Nehme man diese Vorlage an, dann müsse man sich auf ein Millionenprojekt gefaßt machen, das die Verbreiterung der Travenmündung Chaussee erfordere.

Senator Straß: Es sind zwei Verbindungsfäden möglich. Kosten für Überführung kommen gar nicht in Betracht. Sollte eine wünschenswerte Ansiedlung kommen, würden 4000 Mk. Kosten entstehen, die aber durch Grundpreissteigerung ausgeglichen würden. Eine größere Ansiedlung dort wäre nur zu begrüßen. An einen vom Vorredner angeführten Ausbau sei gar nicht zu denken.

Vöbs: Soll die Strecke von 900 Meter nur ausgebaut werden, sind die Kosten schon sehr groß. Man hätte die Straßenbahn in Chausseehöhe erbauen sollen. Durch die Annahme der Vorlage legen wir uns fest auf die Verbreiterung der Chaussee von Lübeck bis nach Travenmünde. Redner fordert Kommissionsberatung.

Senator Straß: Größere Anforderungen werden durch die Vorlage nicht entstehen; an die Befürchtungen des Vorredners ist gar nicht zu denken.

Gent (Büttmisch) sieht in dem Anerbieten der Firma Wolf einen großen Vorteil.

Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

15. Antrag: Errichtung von fünf Gerichten in der Gemarkung.

Lange weist auf die lange Leidensgeschichte der Vorlage hin. Mit dem Senatsantrag könne er sich nicht einverstanden erklären. Man werde für die Folgezeit nicht nur 5, sondern die 7 Gerichtsdienner brauchen. Die beiden Zurückgestellten würden es bitter empfinden, es wäre ein Akt der Gerechtigkeit, 7 feste Gerichtsdienststellen zu errichten. Da die Gerichtsdienner aus dem Schulklassenstande hervorgegangen seien, ihr Beruf vielleicht etwas weniger aufreißend sei, könne man sie im Gehalt etwas unter das Gehalt der Schulleute stellen. Redner stellt den Antrag, den alten Bürgerauschussantrag wieder herzustellen und einen Gehalt von 1600—2400 Mk. festzusetzen. Die Mehrausgabe betrage nur 320 Mk.

Schneider stimmt dem Vorredner fast ausnahmslos zu. Die jetzige Senatsvorlage sei unannehmbar. Wähler hätten die Gerichtsdienner in 18 Jahren ihr Gehalt bekommen, in Zukunft erst in 21 Jahren. Für diese Verschlechterung müsse eine Gehaltserhöhung eintreten. Einen Unterschied sollte man bei den Beamten in gleichen Stellungen nicht machen. Der Beamte bei der Staatsanwaltschaft habe dieselbe Arbeit zu verrichten wie die anderen Gerichtsdienner, und doch habe man ihn vergessen. Er müsse ebenfalls in den Etat aufgenommen werden. Die Mehrkosten betragen jährlich etwa 100 Mk.; viele Worte sollte man überhaupt nicht darüber verlieren. Redner stellt den Antrag, auch den Voten bei der Staatsanwaltschaft mit einzuberechnen.

Senator Dr. Vermeiren: Die vorgesehene Behörde hat die Aufgabe, die notwendige Zahl der Gerichtsdienner anzustellen; jetzt ist es gar nicht genau zu überlegen, was in dieser Hinsicht zu geschehen hat. Der Senat ist mehr auf eine Gehaltsregelung, als auf eine Gehaltserhöhung bedacht. In Bremen haben die Gerichtsdienner nur 1600—2200 Mk., in Preußen 1200 bis 1700 Mk., wozu noch 200 Mk. Wohnungsgeldzuschuß kommen. Die Tendenz war früher, den Beamtenetats einzuschränken,

die Tendenz war früher, den Beamtenetats einzuschränken,

die Tendenz war früher, den Beamtenetats einzuschränken,

die Tendenz war früher, den Beamtenetats einzuschränken,

die Tendenz war früher, den Beamtenetats einzuschränken,

die Tendenz war früher, den Beamtenetats einzuschränken,

die Tendenz war früher, den Beamtenetats einzuschränken,

die Tendenz war früher, den Beamtenetats einzuschränken,

die Tendenz war früher, den Beamtenetats einzuschränken,

die Tendenz war früher, den Beamtenetats einzuschränken,

jezt soll wieder entgegengesetzt verfahren werden. Alle Gerichtsdiener sind pensionsberechtigt, eine Verschlechterung tritt nicht ein; eine solche würde auch garnicht angenommen werden können. Entsprechen Sie dem Antrag des Senats und dadurch dem Wunsche der Gerichtsdiener.

Höfner führt an, daß sich der Bürgerausschuß für sieben Gerichtsdienerstellen ausgesprochen habe. Einen Reif sollte man nicht in die Beamten hineintreiben, da alle doch dieselben Dienste leisteten. Auch bei einer Gehaltsregulierung sollte man die Beamten nicht schlechter stellen, wie es jetzt der Fall wäre durch die Entziehung der Funktionszulage und die Höherverrechnung der Dienstaltersgrenze. Am die Endsumme von 340 Mk. streite man sich schon 4 Jahre herum. In Bremen bezögen die Gerichtsdiener noch Nebeneinnahmen durch Schreibarbeiten, wodurch sie sich besser als hier stellten. Redner stellt einen Antrag, eine einheitliche Regelung der Anstellungs- und Befoldungsverhältnisse der Boten und Hausmeister in die Wege zu leiten.

Hoff: Wenn man den Widerstand vom Senatsstand hört, könnte man glauben, es handle sich um eine Vorlage von großer finanzieller Bedeutung. Die Vorredner haben aber schon die geringen Summen angeführt und dann ist noch zu berücksichtigen, daß die Gerichtsdiener bei der letzten Beamtenbefoldungsvorlage überhaupt leer ausgegangen sind. Alle Beamten haben Zulagen erhalten, nur diese Kategorie nicht. Jetzt sollen sie in den Rahmen des Befoldungssatzes gestellt werden, aber mit einer gewissen Verschlechterung. Aber alles Reden, daß keine Verschlechterung beabsichtigt sei, nützt nichts. Bisher war die Grenze für das Höchstgehalt 18 Jahre, jetzt 21 Jahre. Wie man da sagen kann, es ist keine Verschlechterung, ist mir unverständlich, das kann auch der Senat der Bürgererschaft nicht anseinerseits sehen. Sicher herrscht in der Bürgererschaft im allgemeinen das Bestreben, keine neuen Beamtenstellen zu schaffen, aber es sind doch zweimal Kommissionen eingesetzt worden, die die Bitte der Gerichtsdiener befürworteten. Da ist es unbegreiflich, daß der Senat immer noch Widerstand entgegenstellt und man könnte beinahe annehmen, daß persönliche Antipathie vorherrscht. (Vortrührer Dimpfer: Sie dürfen dem Senat nicht Antipathie vorwerfen!) — G. Ehlers: Es kommt einem nur beinahe so vor! Es werden doch nachträglich neue Beamtenstellen gefordert, ich erinnere nur an den Polizeileutnant, der bedeutend mehr kostet. Im Höchstfalle würde die Vorlage 700 Mark mehr beanspruchen. Die Beamten haben in langjähriger Tätigkeit dem Staate gedient. Es ist im Augenblick nicht zu übersehen, welcher Antrag der weitgehendste ist. Stimmen Sie dem weitgehendsten zu, Sie tun damit keinem unrecht und befördern Sie die Beamten in ihren Gehaltsverhältnissen. Wenn diese schlaue gewesen wären, würden sie Schulheute geblieben sein, dann bräuchten sie jetzt nicht erst zu fordern.

Senator Dr. Vermehren wiederholt, daß eine Verschlechterung jetzt nicht eintrete, nur die künftigen Gerichtsdiener würden eben nach anderen Grundlagen eingestellt als die jetzigen. Eine persönliche Antipathie liege dem Senat fern. Wegen einiger Beamten eine besondere Gehaltsklasse zu schaffen ginge schon der Konsequenzen wegen nicht an.

Dr. Wittern wünscht eine Vereinheitlichung der Anträge von Lange und Schneider. Nicht neue Angestelltenstellen sollen geschaffen, sondern die jetzigen Personen sollen in den Beamtenbefoldungssatz aufgenommen werden. Durch die vom Senat vorgeschlagene Regelung erleiende der Stand eine Verschlechterung; eine solche Veranlassung dürfte nicht geschehen, sachgemäß sei nur eine Verbesserung. Nach den langen Vorberatungen sollte endlich ein Plenarbeschluß zugunsten der lange tätigen Beamten zustande kommen.

Senator Dr. Vermehren: Eine Verbesserung erfahren die Gerichtsdiener nach der Senatsvorlage durch die Pensionsberechtigung, die die gegenwärtigen durch Zufall allerdings schon haben.

Schneider der befürwortet wiederholt seinen Antrag, da die Senatsvorlage eine Verschlechterung bedeute. Ausnahmen habe man auch bisher gemacht, weshalb hier keine Konsequenzen zu befürchten seien.

Senator Dr. Vermehren: Weder die ganze Kategorie noch die jetzigen Beamten erfahren eine Verschlechterung.

Dr. Vöndt empfiehlt den Antrag von Schneider. Bei der Staatsanwaltschaft sei der Votum längst vorhanden, er habe nur einen anderen Titel geführt, und das sei sein Unheil gewesen.

Hoff: Wenn Herr Senator Dr. Vermehren noch einmal das Wort nimmt, glaube auch ich daran, daß 18 soviel wie 21 ist. (Heiterkeit.) Früher war das Endgehalt in 18 Jahren erreicht, jetzt soll es erst in 21 Jahren erfolgen. Wie man da behaupten kann, es trete keine Verschlechterung ein, ist mir unverständlich. Es ist auch nicht zutreffend, wenn Herr Senator Dr. Vermehren behauptet, die Gerichtsdiener stellten sich besser, weil sie pensionsberechtigt seien. Sie sind es doch jetzt schon. Wie soll da eine Verbesserung durch Einstellung in den Beamtenbefoldungssatz erfolgen, ohne daß sie sonst etwas erhalten. Stimmen Sie dem Antrag Schneider zu, dann kommen Sie den petitionierenden Beamten entgegen.

Lange zieht seinen Antrag zugunsten des von Schneider gestellten zurück.

Der Antrag Schneider, vom 1. April 1914 ab beim Landgericht 3, beim Amtsgericht 4 und bei der Staatsanwaltschaft 1 Gerichtsdiener in den Befoldungssatz aufzunehmen, wird angenommen. Demnach soll das Gehalt 1600 bis 2400 Mk. in Steigerungen von 3 mal 120 und 4 mal 110 Mark betragen.

Damit ist die alte Tagesordnung erschöpft, die zum Schluß noch eine kleine Diskussion zwischen Dr. Wittern und Dr. Ziehl wegen der Protokollverlesung zeitigt.

Hierauf wird in die neue Tagesordnung eingetreten. Bei der Wahl eines zweiten Stellvertreters des Vortrührers erhebt

Vöger, seinen Fraktionskollegen Paul Löwig zu wählen.

Die Wahl fällt auf Buchwald, der 56 Stimmen erhält. Auf Genossen Löwig entfielen nur die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion.

Eingegangen ist u. a. der Jahresbericht des Arbeiterssekretariats.

1. Antrag. Dritter Nachtrag zu dem Gesetz vom 18. März 1889, betreffend die Herstellung und Unterhaltung von Radfahrwegen. (Zweite Lesung.)

Sammlende Radfahrvereinigungen haben eine Eingabe eingereicht, die sich gegen die polizeilichen Gebührenkosten wendet.

Senator Dr. Neumann teilt mit, daß in Hannover die Radfahrer eine Mark Abgabe bezahlen, in anderen Städten würden die Wege von der Stadt unterhalten, doch handelte es sich dort nicht um ein solch ausgebautes Radfahrwegesystem wie in Lübeck. Wo hier neue Straßenanlagen mit Radlerwegen errichtet würden, lege man die Kosten für diese nicht der Radfahrerschaft auf. So außergewöhnlich günstig wie hier die Wegeverhältnisse für die Radler liegen, sei dies nirgends der Fall. Es könne sich nur darum handeln, ob den Radlern ein Geschenk aus der öffentlichen Kasse gemacht und die Gebührenkosten erlassen werden sollen. Was an Kosten für die Radfahrwege ausgegeben werde, müßten die Radfahrer auch aufbringen.

Dr. Langenheilm wünscht die Abgabe nach dem Bedarf erhoben, da so große Aufwendungen wie bisher nicht erforderlich seien. Polizeikasse und Baudeputation hätten für Hebung- und Verwaltungskosten in den letzten 13 Jahren 100 000 Mark erhalten, um die die Radfahrerschaft besser stellen könnte. Jetzt würden von der Abgabe nur zwei Drittel für die Wege verwendet, ein Drittel für Verwaltung und Hebungskosten. Redner stellt den Antrag, für die Kosten der Einrichtung und Verwaltung im Höchstfalle nur 10 Proz. statt der bisher üblichen 27 Proz. zu bemilligen. Dann werde sich die Radfahrerschaft halb so stellen, daß man die Abgabe herabsetzen könne. Für Reitpferdbesitzer bestünde doch auch keine Abgabepflicht. Wollte man aber den Grundsatz einführen, für besondere Leistungen besondere Abgaben zu fordern, dann müßten auch jene etwas bezahlen. Das Rad sei doch in den meisten Fällen ein notwendiges geschäftliches Hilfsmittel.

Senator Dr. Neumann betont, daß die Kosten der Baudeputation für die Vorarbeiten der Auflegung und Unterhaltung der Radfahrwege in dem Abzug einbegriffen seien.

Rehder hält die Abgabe von 1 Mark und die Verwendung von Nummern für berechtigt; mehr als für die Unterhaltung notwendig, sollte man nicht fordern. Mit dem Teeren der Wege, das auch die Radler bezahlen müßten, seien schlechte Erfahrungen gemacht worden. Redner stellt den Antrag, die Abgabe auf 1 Mark zu ermäßigen und das vorhandene Radfahrerschild abzuschaffen.

G. Reimpell weist auf die höhere Abgabe hin, die bessere Radfahrwege von selbst rechtfertigten. Berechtigt sei der 10prozentige Abzug für Hebungskosten nicht, 5 Proz. wären reichlich genug.

Dr. Ziehl hält den Antrag von Dr. Langenheilm für unannehmbar. Die Kosten der Baudeputation für ihre Ausgaben seien doch ganz verschieden, das könne man nicht vorhersehen. Durch das Verlangen des Antragstellers werde gerade das wieder gefordert, was man früher abgeändert wissen wollte. Die Bürgererschaft könne auch gar nichts machen, wenn der Senat dem Antrag Reimpells nicht zustimme, einen Konflikt sei doch die ganze Geschichte nicht wert. Wollte man eine Ermäßigung eintreten lassen, wäre der Satz von 2 Mk. vielleicht angebracht.

Senator Kulenkamp erklärt, der Senat stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Abzüge mit Recht gemacht worden sind und

Senator Straß betont, daß die Kosten der Baudeputation nach genauen Berechnungen geschehen.

Dr. Wittern bedauert, daß sich der Senat auf die Seite des Polizeiamts stellt und die Abzüge, die seit 1899 zu Unrecht erhoben worden sind, verteidigt. Das charakterisiere den Zustand, wie in Lübeck die Gasse gehandhabt würden. Die Bürgererschaft könne bei dieser Sachlage garnicht anders, als die Vorlage ablehnen; dann würde der Senat sicher das Polizeiamt anweisen, die Hebungskosten nicht mehr zu fordern. Einen Konflikt brauche man nicht zu fürchten, für den übrigens Dr. Ziehl weder im großen noch im kleinen zu haben sei. Finanzielle Fragen müßte man austragen.

Senator Kulenkamp glaubt nicht, daß dem Senat deshalb ein Vorwurf gemacht werden könne, weil er einem Wunsche des Bürgerausschusses entsprochen habe.

Dr. Ziehl hält die Anregung Dr. Witterns für unverständlich. Dieser spränge mit den Bestimmungen nur so um, wie es ihm gerade passe, wie er heute abend bei der Protokollverlesung bewiesen habe. Redner behauptet, stets nach seiner Überzeugung gehandelt und durch diese manche Senatsvorlage schon zu Fall gebracht zu haben.

Dr. Wittern bittet, die Geschäftsordnungsfrage von heute abend aus dem Spiel zu lassen, da solche Kinderstücken nicht mitzuprägen. Redner hält Dr. Ziehl seine Wandlung in der Debatte vor.

Vortrührer Dimpfer: Bei der Protokollverlesung handelt es sich nicht um Kinderstücken. Ich würde die Wendung nicht zulassen, wenn sie sich gegen ein Bürgerchaftsmitglied gerichtet hätte. So traf sie das Bureau.

Sämtliche Anträge werden abgelehnt. Auch die Senatsvorlage erleidet dieses Schicksal. Angenommen wurde das Ersuchen von Rehder, die Radfahrabgabe auf 1 Mk. zu ermäßigen.

2. Antrag: Erweiterung der Feuerwache an der Hanfsastraße.

Kaden begrüßt das Bestreben, das Feuerlöschwesen so auszubauen, damit die Brände auf ihren Herd beschränkt würden. Doch erscheine die Begründung der heutigen Vorlage ungenügend. Man habe in der Vorlage gesagt, die Industrie in St. Lorenz habe sich vermehrt, aber vergessen anzuführen, daß dort verschiedene größere Betriebe eingepaßt sind. Jedenfalls sei nicht mehr Industrie zu- als weggezogen. Auch früher sei ein Bahnhof vorhanden gewesen, weshalb man den jetzigen nicht besonders anzuführen brauche. Unser Feuerlöschwesen sei in den letzten Jahren gut ausgebaut worden, er erinnere nur an den schönen Neubau bei St. Johannis, an die Hanfsaferwache und an die Wache in der Einsiedelstraße. Die notwendigen Mittel für ein auf der Höhe stehendes Feuerlöschwesen würden stets bemilligt, doch bedürfe der vorliegenden Antrag einer Kommissionsberatung, die Redner beantragt.

Senator Dr. Neumann hält die Begründung für ausreichend. Schon vor 15 Jahren habe man angeführt, daß die Feuerwache in der Hanfsastraße nur ein Provisorium bilden könne. Jetzt soll ein vollständiger Löschzug eingerichtet werden, der einem größeren Feuer selbständig gegenüberstehen könne. Die bedauerlichen Vorkommnisse des vergangenen Jahres drängten zu der Erweiterung in einem 38 000 Einwohner zählenden Stadtviertel. Die provisorische Feuerwache in der Einsiedelstraße erfülle auch nur ihren Zweck, wenn sie zum alleinigen Dienst auf den Holzlagerplätzen benutzt werde.

G. Schaack wünscht den Antrag Kaden auf Kommissionsberatung angenommen. 1904 habe uns die Feuerwache 117 000 Mk. jährlich gekostet, 1914 aber 320 000 Mk. Das sei im Verhältnis weit mehr als die Bevölkerungszunahme erfordere.

Bachmann hält die angeführten Gründe für die Vorlage für ausreichend, hat aber gegen Kommissionsberatung nichts einzuwenden. Insbesondere erfordere die vorgelegene Baumaße eine nochmalige Prüfung. Mit dem Spritzenautomobil habe man nicht die erhofften guten Erfahrungen gesammelt, man hätte sich nicht auf ein bestimmtes System verstellen sollen.

Senator Dr. Neumann betont, daß die Automobilspitze gut funktioniere.

Der Antrag von Kaden wird angenommen.

3. Antrag: Errichtung einer Wagenhalle für die Straßenbahn.

Görz erhebt um Zustimmung der Vorlage, wünscht aber nicht, daß spätere Vergrößerungen noch näher an die St.-Gertrud-Kirche heranreichen würden.

Vom Senat ist eine befriedigende Erklärung abgegeben.

Vöhs glaubt nicht, daß die Verfahrnung der ausgegrabenen Erde vom Bauplatz nach der Perrenstraße notwendig sei. Die Straßensenkung am alten Travendurchbruch erfordere andere Maßnahmen.

Senator Straß zerschneidet die Bedenken und führt die Senkung auf das Hochwasser zurück.

Aus. Pave fragt, wie es mit der Einführung von Abonnementkarten steht. Dem Militär sollte man eine weitere Vergünstigung auf der Straßenbahn gewähren.

Senator Straß spricht sich im freundlichen Sinne zu dieser Frage aus.

Ziehl fragt, ob es richtig sei, daß die Lübeck-Wüchener Bahn nach Schluß nur täglich zwei Züge verkehren lassen wolle, wenn die Straßenbahn ausgebaut sei. Bei Störungen im Straßenbahnverkehr wie am Sonntag sollte man die Wartenden auf dem Marktplatz benachrichtigen.

Senator Straß: Um Schädigungen der Schlutuper Industrie zu vermeiden, pflegt die Handelskammer mit der Lübeck-Wüchener Bahn Verhandlungen. Einen Kontrollen an den Platz zu stellen, wo ein Unfall später passiert, geht doch nicht.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen. Schluß 10 Uhr 40 Minuten.

Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilter Ganner. Aus Neuenport wird berichtet: Der Margarinekönig John Zehle wurde nach längerer Verhandlung von der Strafkammer in Chicago wegen Zollhinterziehung und falscher Steuererklärung zu zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von einer halben Million Mark verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Tragisches Geschick. Während die in der Preusslaun Allee in Berlin wohnende Witwe Kaiser auf dem Kirchhof weilt, um das Grab ihres Mannes zu besuchen, gerieten ihre beiden Söhne von 15 und 17 Jahren zu Hause in Streit, in dessen Verlauf der 17jährige den 15jährigen Bruder erstach. Der Täter wurde verhaftet.

Familiendrama. In der Grünthaler Straße in Berlin wohnt der Eisenbahnarbeiter Karl Kistod, der seine Familie schon seit längerer Zeit auf das größtmögliche misshandelte. Auch gestern hatte seine Familie arg zu leiden, und als der Vater auch auf seinen 23jährigen Sohn losgehen wollte, schoß dieser einen Revolver ab. Kistod erhielt drei Schüsse und war sofort tot. Der Sohn wurde verhaftet.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in der Sonntagsnacht in der Nähe von Magdeburg bei dem Ausflugsort Möser. Der Chauffeur Hofmeister fuhr gegen einen Baum und wurde lebensgefährlich verletzt. Von den übrigen Insassen erlitt der Artillerist Rood Schnittwunden im Gesicht und an den Händen und zwei Sergeanten des Magdeburger Feldartillerieregiments leichte Verletzungen.

Verhaftung von Mädchenhändlern. In der Nacht zum Sonnabend wurde auf dem Bahnhof in Leipzig die Besitzerin eines auswärtigen öffentlichen Hauses in dem Augenblicke verhaftet, als sie versuchte, ein junges Mädchen, das ihr durch einen stillen Kellner von der Messe aus zugeführt wurde, nach auswärts bringen zu lassen. Dem Kellner gelang es, zu flüchten. Am Sonnabend nachmittag wurden von der Kriminalpolizei die Beobachtungen fortgesetzt, wobei der Kellner in einem Restaurant der Windmühlstraße aufgefunden wurde. Seine Vernehmung führte am Montag zur Verhaftung zweier anderer Leute die schon wegen Mädchenhandels verurteilt worden sind. Der Ehefrau der auf dem Hauptbahnhof in Haft genommenen Hausbesitzerin, der sich in Leipzig verborgen hielt, wurde in einem Hause der Moritzstraße ermittelt und ebenso, wie seine Komplizen, der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Autounfall. Auf der Langsargener Chaussee in Tilsit geriet ein Kraftwagen beim Ausweichen vor einem Radfahrer in den Chausseegraben und überfuhr sich zweimal. Von den Insassen wurde Frau Klein getötet. Der Chauffeur wurde lebensgefährlich und die drei Kinder des Ehepaars Klein leicht verletzt. Klein blieb unverletzt.

Unter schwerem Verdacht. Aus Darmstadt wird gemeldet: Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde der 23jährige Student Wilhelm Vogt festgenommen, der verdächtig erscheint, den Tod des Privatgelehrten Hendrich, der, wie berichtet, bei dem Brand in seinem Hause verunglückte, verursacht zu haben. In der Schädeldecke Hendrichs fanden sich starke, durch äußere Gewalt hervorgerufene Verletzungen.

Unter schweren Vergiftungs-Erscheinungen sind im Laufe der letzten drei Tage etwa zwanzig Personen im Südosten Berlins erkrankt. Die Erkrankten hatten sämtlich Fleisch gegessen, das aus einem Geschäft in der Zeughausstraße stammt. Die Untersuchung ist im Gange.

Sprung aus dem Flugzeug mit dem Fallschirm. Auf dem französischen Flugfelde von Nevers unternahm Frau Cayat de Castella einen gelungenen Versuch mit einem von ihrem Gatten erfundenen Fallschirm, mit dem sie aus einer Höhe von achthundert Metern von einem Doppeldecker absprang und nach einigen Minuten wohlbehalten landete.

Zwei Artilleristen ertranken. Bei Rennes kenterte auf dem Bancesfluß ein mit sieben Artilleristen besetztes Boot, wobei zwei Mann ertrunken sind.

Vier Fischer ermüdet. Eine französische Fischerbarke ist bei Dover von einem unbekannten Dampfer überrennt worden und gesunken. Vier Mann der Besatzung werden vermüdet.

Abgestürzter Flieger. Der Flieger Ubeika ist in Horane mit seinem Flugzeug aus geringer Höhe abgestürzt. Der Apparat wurde zertrümmert, der Flieger schwer verletzt. Weiter wurden drei Zuschauer durch den stürzenden Apparat verletzt.

Das Schicksal der Mannschaft des „Columbian“. Aus Montreal wird telegraphiert: Der Rutter „Seneca“ meldet drahtlos über Sable Island, daß er das dritte Boot des am 2. Mai auf hoher See verbrannten Dampfers „Columbian“ aufgefunden habe: vier Mann der Besatzung seien noch am Leben, unter ihnen der erste Offizier; ein Mann hätten den Tod durch Erfrieren erlitten und seien ins Meer geworfen worden.

Ein Dampfer von Beduinen überfallen. Der Dampfer „Solferino“ ist in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai zwischen Bardia und Raselmehr in der Nähe der Küste aufgelaufen. Am 15. morgens gaben Beduinen, während ein Teil der Besatzung und der Passagiere sich auf den Rettungsbooten einschifften, mehrere Gewehrschüsse ab, durch die ein Heizer und ein Matrose getötet und ein Maschinist und 2 Passagiere verwundet wurden. Die übrigen gelangten unverletzt nach Tobruk. Mehrere Schiffe begeben sich an Ort und Stelle, um die an Bord der „Solferino“ gebliebenen Personen zu bergen. Das Befinden der Verwundeten ist zufriedenstellend.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steiling. Verleger: J. H. Schöma. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Neue Stiefel wie
die alten, wird
Urban
stets blank erhalten.

Fabrik: Urban & Lomm, Charlottenburg.

Goethes Werke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

1274) Kaufe jeden Posten
ausgefeimtes Saat.
Herm. Kiempau

Ludwigstr. 35 u. Untertrave 20, II.

Holsten-Meierei

Herrnstr. 2336 Wickenstr. 44
empfiehlt alle Meiereiprodukte
in bekannter Güte.

Geldsätze, welche **Niederlagen**
übernehmen wollen, werden gebeten,
sich zu melden. (126)

Schillers Werke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstr. 46.

Zentralverb. prolet. Freidenker

Umhändhaber fällt die am
20. Mai fällige Mitgliederversamm-
lung aus.

8957) Der Vorstand.

Neue Gesellschaft
für Eufin u. Umgeg.

E. G. m. b. H.

Am Donnerstag, dem 21. Mai
(Himmelfahrt)

nachmittags 3 Uhr

Mitglieder-Versammlung
in „Stadt Altona“

(W. Kieckhefer).

Um nach gebräuchl. Erweisen
der Mitglieder und deren Frauen
bittet

Der Aufsichtsrat

A. H. L. Schöning.

Achtung Flussschiffer

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, dem 21. Mai

nachmittags 4 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekanntgegeben.

Zustrechen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Calcium-Brot

hergestellt nach den Vorschlägen der
Herren Professoren Dr. Emmerich und Dr. Loew, München
bekömmliches, leicht verdauliches, wohlschmeckendes

Haushalt-Brot

das die für die Ernährung wichtigen Kalk-Nährsalze in reichlicher Menge
enthält und den menschlichen Organismus in jeder Beziehung wirksam
beeinflusst.

Calcium-Brot

hebt den Appetit,
fördert die geistigen und körperlichen
Kräfte,
stärkt das Nervensystem,

ist ein wirksamer Schutz gegen viele Infektions- und
Stoffwechselkrankheiten und seiner knochenbildenden
Wirkung wegen besonders stillenden Müttern, schnell
wachsenden Kindern, Zahnkranken usw. zu empfehlen.



Calcium-Brot

darf infolge seiner zahlreichen Vor-
züge in keinem Haushalt fehlen!

Calcium-Brot

ist nicht teurer wie anderes Brot!

Calcium-Feinbrot pro Stück 50

Calcium-Schwarzbrot pro Stück 50

ist in nachstehenden Verkaufsstellen zu haben:

Hauptgeschäft: **Breite Strasse 1/5.**

Innere Stadt:

Holstenstraße 14
Huxstraße 24
(Haus Roeser)
Ecke Krähenstraße
Baianerstraße
Kupferschmiedestr. 17

Königsstraße 121
Langer Lohberg 23
Dankwertsgrube 43
Fleischhauerstraße 114
Johannisstraße 66
Wakenitzmauer 166

Hüxtertor:

Wakenitzstraße 11b
Percevalstraße 22.

Mühlentor:

Peterstraße 1
Kronsförder Allee (Ecke Kolosseum)
Kronsförder Allee 94a.

Burgtor:

Lange Reihe 8
Arnimstraße 27b
Kottwitzstraße, Ecke Bülowstraße.

Holstentor:

Hansastraße 90 (Ecke Töpferweg)
Moisliger Allee 4a Meiersstraße 25
Moisliger Allee 57a Warendorfsstraße 21
Moisliger Allee 88
Wielandstraße (Ecke Lachwehr-Allee)
Fackenburg Allee 54
Fackenburg Allee 90
Adlerstraße 41b (Ecke Glöcknerstraße)
Steinrader Weg 55.

Wir machen auf unsere heutige bezügliche
Extra-Beilage aufmerksam!

Dampfbäckerei Hansa

J. C. D. Junge & Co.

(3946)

Arbeiter-Bildungsverein
Lübeck.

Donnerstag, den 21. Mai 1914
(Himmelfahrtstag)

Morgentour

Abmarsch 5 1/2 Uhr ab Burgtorbrücke.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
3964) Der Vorstand.
Gäste willkommen.



Mitgliedschaft Lübeck.

Touren

am Sonntag, dem 24. Mai
nach **Schönberg**
Abfahrt mittags 2 Uhr
vom Gewerkschaftshaus.

Am Sonntag, dem 31. Mai
nach **Kiel**.

Abf. morg. 4 Uhr vom Lindenplatz.
Umhändhaber kann die Tour
nach Schluß am 21. Mai nicht
gefahren werden. (3953)

Verband d. Maler!

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 20. Mai

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Diskussionspunkt.

2. Verschiedenes.

Wegen der besonderen Wichtigkeit

des ersten Punktes ist es Pflicht

eines jeden Kollegen zu erscheinen.

3958) Der Vorstand.

Gasthof Kl.-Mühlen

Sonntag, den 24. Mai 1914:

BALL

des Spartakus „Hol. di. van“.

Eintritt 80 Pf.

Hierzu laden ein (3956)

Der Vorstand. O. Evers.

Am zweiten Freitag:

Großes Ringreiten.

Es ladet freundlichst ein

O. Evers.

Achtung!

Achtung!

Die Firkus-Altena

gibt am Dienstag,

abends 8 1/2 Uhr in der

Friedrich-Franz-Halle

gen. zum grauen Esel

eine Haupt-Gala-

Vorstellung mit ganz neuem Pro-

gramm von neuangagierten Artisten

ausgeführt. Mittwoch 2 Vorstellungen

nachm. 4 Uhr: Kinder- u. Familien-

Vorst., abends 8 1/2 Uhr: Gr. Extra-

Vorstellung mit vollem Programm.

Preise der Plätze: Sitzplatz 30 Pf.,

Stehplatz 20 Pf. (3962)

Zu zahlreichem Besuch ladet er

geben ein Die Direktion.

Stadthallen-Sommertheater.

Mittwoch, den 20. Mai,

Anfang 8 1/4 Uhr:

Auftreten von Direktor

Victor Horwitz:

Der Rastelbinder.

Operette von Lehar.

Donnerstag, den 21. Mai

(Himmelfahrtstag)

Anfang 8 1/4 Uhr:

Wiederholung des erfolgreichen

Schwankes: (3962)

Der ungetreue Eckehart

Schwank in 3 Akten v. Hans Sturm.

Kolossaler Heiterkeitserfolg!

Sommertheater

in Fritz Rittschers Hansatheater.

Dir. Ernst Albert.

Mittwoch, den 20. Mai

Ein toller Einfall.

Schwank von Laufs.

Donnerstag, den 21. Mai:

Die am Sonntag mit durchschla-

gendem Erfolg gegebene Posse

Rin ins Vergnügen.

Anfang stets 8 1/4 Uhr.

Vorverkauf bei Fr. Nagel u. Fr.

Sager, ebendasselbst Dogenkatten,

die zu allen Vorstellungen Gütige

keit haben. (3960)

Protest der Sozialdemokratie der Vereinigten Staaten gegen den mexikanischen Krieg.

Unsere nordamerikanischen Genossen haben gegen das mexikanische Abenteuer der Wilsonschen Regierung folgenden Protest-Aufruf erlassen:

„Das amerikanische Volk ist jedoch durch diejenigen, welchen der Krieg Profit bringt, in einen Krieg hineingezogen worden. Die Tamboure des Kapitalismus zühnen die Trommeln, seine Kriegstrompeten ertönen und seine Kräfte sammeln sich, so daß die Nation in den Krieg geschleppt wird und die Arbeiter sich bereit finden sollen, zu töten und getötet zu werden.“

Durch Jahrhunderte hindurch hat man die großen Hilfsmittel Mexikos in Ruhe gelassen. Jetzt, von dem magischen Zauberstab des Kapitalismus berührt, tritt dieses Land von nun ab auf die verhängnisvolle Bahn der kapitalistischen Ausbeutung und wird von ihm gegen das reaktionäre Feudalsystem ausgespielt. Neunzig Prozent des mexikanischen Volkes haben weder Land noch Eigentum. Sie haben seit über 100 Jahren unter fast unüberwindlichen Schwierigkeiten gekämpft und sind zuletzt immer wieder von Tyrannen regiert und ruiniert worden. Während eines Jahrhunderts hat sich das mexikanische Volk immer wieder gegen die Tatsache aufgebracht, daß seine große Mehrheit sich in einem Zustande der Sklaverei befindet. Beraubt des Grund und Bodens in einem Agrarlande, hat dieses Volk wenig und nichts davon gehabt, daß die spanische Herrschaft abgeschüttelt und die unabhängige Republik errichtet wurde. So lange die wirtschaftliche Anechtenschaft bestehen wird, so lange wird ein Aufstand den andern ablösen. Es war erfolglos, daß das mexikanische Volk Madero zum Präsidenten erhob. Die Hoffnung, daß man seine Rechte anerkennen und daß man Grund und Boden ihm zurückgeben werde, hat sich nicht erfüllt. Es kämpft heute noch dafür, daß Mexiko den Mexikanern gehöre.

In der Sonora Durango und in Chihuahua, wo die Revolutionäre im Besitze der Macht sind, ist das Volk in den Besitz des Grund und Bodens gelangt. Und in dieser Stunde, wo die Revolutionäre vor dem Siege stehen, unterwirft sich die große amerikanische Republik den unheilvollen Interessen des Kapitalismus und landet ohne Kriegserklärung seine bewaffnete Macht auf dem mexikanischen Boden. Nicht eine Nation hat in der neueren Zeit Feindseligkeiten begonnen unter einem so haltlosen Vorwand, wie diesem Fahren-Zwischenfall von Tampico. Der Krieg wird unfehlbar alle mexikanischen Parteien gegen die Eindringlinge zusammenheften. Ihr Widerstand gegen die Kräfte der Vereinigten Staaten wird vielleicht ein vergeblicher sein; aber er wird sicher Tausenden das Leben kosten, dahingerafft durch die Kugel, das Bajonett und durch Krankheiten.

Um Mexiko zu besiegen, wird die amerikanische Armee das ganze Land durchziehen müssen. Unsere Armee wird hinter sich die Spur der Verwüstung zerstreuter Häuser und des Todes lassen. Und wenn endlich die amerikanischen Waffen triumphieren sollten — wer wird der Sieger sein? Weder das amerikanische Volk, noch das mexikanische. Die deutschen, englischen und amerikanischen Kapitalisten, im Gefolge unserer Armee erscheinend, werden fortfahren, Mexiko und das mexikanische Volk auszubeuten, wie der Kapitalismus zu allen Zeiten und an allen Orten das Volk der Arbeitenden stetig ausgebeutet hat.

Andererseits wird der Krieg für unser Land die beklagenswertesten Folgen haben. Der Krieg stärkt alle Kräfte, die der Zivilisation feindlich sind, die auch feindlich sind der Arbeit, so lange der Krieg dauert. Die ganze soziale Gesetzgebung wird zum Stillstand kommen. Alle Mittel werden verwendet, um menschlichen Wesen den Tod zu bringen, so daß es auf Generationen hinaus unmöglich sein wird, Alterspensionen zu zahlen und Versicherungen gegen Unfälle, Krankheit und Arbeitslosigkeit für die amerikanischen Arbeiter einzuführen. Alle Beutemächte werden die günstige Gelegenheit ergreifen, die Piraten über unser Volk herzufallen und der ausbeuterische Kapitalismus wird jeden Anlaß zur Plünderung willkommen heißen.

Erinnert Euch, daß die kapitalistische Klasse, die gegenwärtig in Colorado amerikanische Arbeiter, die um bessere Lebensbedingungen im Kampfe stehen, mit Maschinengewehren niedermekelt, dieselbe Klasse ist, die in Mexiko zu regieren sucht!

Die sozialistische Partei ist im Prinzip gegen jeden Angriffskrieg. Wir glauben, daß der Krieg sich nur dann rechtfertigt, wenn es um die Freiheit geht. Unsere Freiheit ist durch die Mexikaner nicht bedroht. Es gibt für die amerikanischen Arbeiter keinen Grund, ihre Heimat und ihre Familien zu verlassen und ihr Leben auf den Schlachtfeldern von Mexiko zu lassen.

Im Namen von zwei Millionen amerikanischen Sozialisten, im Namen von 30 Millionen Sozialisten der ganzen Welt, im Namen der Menschlichkeit und der Zivilisation protestieren wir gegen den Krieg!

Im Auftrag des Nationalkomitees der sozialistischen Partei: Viktor L. Berger, Adolf Germer, Georg H. Maurer, J. Stitt Wilson, Walter Langerfeld, Sekretär.

Der Genosse Walter Langerfeld richtete außerdem ein Telegramm an den Präsidenten Wilson: „Das Nationalkomitee und die Mitglieder der sozialistischen Partei protestieren gegen die ungerechtfertigte Invasion in Mexiko. Die Arbeiter der Vereinigten Staaten haben keine Differenzen mit den Arbeitern von Mexiko.“

Die Werksstilllegungen amtlich gutgeheißen.

Am Freitag erledigte die Handels- und Gewerbe-Kommission des preussischen Landtags in einer Sitzung, die wieder bis 11 Uhr nachts dauerte und hauptsächlich durch Regierungserklärungen ausgefüllt wurde, den Rest der Petitionen gegen die Werksstilllegungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Der Vertreter des Ministeriums des Innern erklärte, er könne den betreffenden Gemeinden, Grund- und Hausbesitzern keine finanzielle Hilfe in Aussicht stellen. Für derartige Zwecke seien keine Fonds vorhanden. Man könne zwar leicht die Ansiedlung neuer Industrien in dem sogenannten Stillungsgebiet vor schlagen, aber welche Industrie und wer könne die Ansiedlung erzwingen? Die Regierung auch nicht. Der Vertreter des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten erklärte, die von den Petenten gewünschte Eisenbahnwerkstätte lasse sich nicht einrichten, die Errichtung einer Eisenbahnhaltestelle bei Eiberg sei schwer angängig wegen des Gefalles, doch solle die Sache nochmals geprüft werden. Was die Schiffbarmachung der Ruhr anlange, so könne hierüber regierungsseitig wegen der Tragweite des Projekts zurzeit keine Auskunft gegeben werden. Abg.

Hajenclever (Nat.) nahm das Syndikat gegen den von den Petenten erhobenen Vorwurf, es habe zur Stilllegung beigetragen, in Schutz. Das Gegenteil sei richtig. Seine Partei lehne alle Anträge, die sich auf Verringerung der Berggesetzgebung, Eingriffe in den Bergwerksbetrieb und Reglementierung des Syndikats richteten, ab, wünsche aber von der Regierung Unterstützung der etwa geschädigten Gemeinden und befürworte Verkehrsvereinfachungen. Abg. H. u. e. verwies auf die tatsächlichen Vorgänge nach Erneuerung des Syndikatsvertrages 1903, auf die den Neuforderungen des Syndikats diametral gegenüberstehenden Ausführungen des verstorbenen Abg. Grubenbesitzers Hilb bei der Beratung des Betriebszwangsgesetzes 1905. Die Regierungserklärungen würden die Hoffnungen der Bevölkerung auf den Nullpunkt niederdrücken. Man solle nun auch die Gemeinden nicht in falsche Hoffnungen wiegen mit der sogenannten „Ansiedlung neuer Industrien“. Nur durch die Verstaatlichung des ganzen Bergbaues würde der Vergeudung des Nationaleigentums gesteuert werden. Der Abg. Lück (K.) sprach sich für eine staatliche Hilfsaktion auf dem Gebiete des Verkehrs- und des Steuerwesens aus. Wenn es allerdings wahr wäre, was die Petenten und H. u. e. ausführten über Raubbau, so müßte diesen „Auswüchsen“, bei aller Anerkennung der Güte des Syndikats, entgegengetreten werden. Abg. Althoff (Nat.) bestritt diese „Auswüchse“, auch vor dem jetzigen Syndikatsvertrag seien Zeichenstilllegungen erfolgt. H. u. e. bestätigte dies, hob jedoch hervor, gerade weil die früheren Stilllegungen von der bergmännischen Bevölkerung als natürliche ruhig hingenommen seien, die neuerlichen aber als spekulative bekämpft würden, müsse auch der Laie erkennen, daß wir es nun mit Erscheinungen, die mit unserer privatkapitalistischen Kartellwirtschaft mehr oder weniger zusammenhängen, zu tun hätten. Das bewiesen auch die Hofenstilllegungen. Der Berichterstatter Bell (Ztr.) beantragte nun, die Petitionen, soweit sie von der Regierung Maßnahmen zum Ausgleich wirtschaftlicher Schädigungen durch die Stilllegung der Zeche Eiberg und Altkendorf verlangen, der Regierung zur Berücksichtigung, die einzelnen vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen (Verkehrsvereinfachung, Steuerwesen usw.), zur Erwägung zu überweisen. Das wurde einstimmig angenommen. — Nunmehr gab der Vertreter des Bergwerksministers eine sehr ausführliche Erklärung zu den verlangten Berggesetzänderungen usw. ab. Die Bergbehörde sei der Ansicht, daß die Befürchtungen der Ruhrdahlbewohner auch durch die Versammlungsagitation übertrieben, die Aussichten des Bergbaues in dem französischen Gebiet keine ungünstigen seien. An der Hand der Gemeindestatistiken lasse sich nachweisen, daß die 1904 ausgesprochenen Befürchtungen auch übertrieben waren. Die Zahl der Gemeindegemeinschaften habe sich noch etwas vermehrt, die Steuerzuschläge (meist 270 bis weit über 300 %) hätten sich teilweise vermindert. Eine spekulative Stilllegung sei nicht vorgekommen und nicht zu befürchten. Daher lehne die Regierung die gewünschten Verringerungen des Berggesetzes (Betriebszwang, Verkopplung kleiner Bergwerksfelder) ab und sehe auch keinen triftigen Grund ein, auf die Abfassung des neuen Syndikatsvertrages nach der Richtung, daß die Uebertragung der Beilegungsziffer verboten würde, einzuwirken. Ein Veto des Reichstages, falls er dem Syndikat beitrete, sei abzulehnen, da der Reichstag diese Verantwortung nicht übernehmen könne! Vorarbeiten für ein Reichssyndikatgesetz finden „zurzeit“ nicht

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf E. A. Salas.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(46. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Ist dies Ihr letztes Wort, gnädige Frau?“

„Mein letztes!“

„Sie werden es bereuen.“

„Wissentlich.“

„Ich soll also fortgehen?“ fragte der Beamte noch einmal.

Paulinenickte die Achseln, wandte sich ab und kehrte in ihr Zimmer zurück.

Pawlknor verließ das Haus, während er leise vor sich hin murmelte:

„Ich werde Dir schon beweisen, daß das ganze Rad zusammenbrechen muß, wenn in demselben nur die geringste Speiche fehlt.“

Zwei Tage darauf kam Herr von Maier sehr traurig und niedergeschlagen zu Milowanows und erzählte ihnen, daß ihre Angelegenheit plötzlich eine schlechte Wendung genommen habe. Wie er in Erfahrung gebracht, wäre an Orwadsche von oben der Befehl ergangen, ausführlich in dieser Sache Bericht zu erstatten, nämlich über das Verhalten der Fürstin Beresopolska bei der Einreichung ihres Leibeigenen unter die Soldaten, von der Ursache des plötzlichen Todes ihres Vaters in Moskau, von ihrer Heirat und ihrer Unfalschheit, von ihrer Reise ins Ausland mit einem falschen Paß, sowie auch darüber, daß Milowanow in Rom einer Freimaurerloge angehört, und daß sich Frau Milowanow in Gesellschaft der Künstler höchst unanständig benommen habe, weshalb sogar der heilige Vater veranlaßt worden sei, sie aus Rom auszuweisen.

Pauline sah mit weit geöffneten Augen da und wollte ihren Ohren nicht trauen.

„Sie verstehen nicht, was dieses alles zu bedeuten hat?“

fragte Herr von Maier. „Das nennt man Verleumdung...“

Schikane. Jene Fragen sind dem General Orwadsche zur Verantwortung vorgelegt, und das Schlimmste bei der Sache ist, daß er diese Anklageschrift zweifelsohne seinem Landsmann Kutajow übertragen wird. Kutajow ist jetzt eine bedeutende Persönlichkeit und hatte auf Veranlassung des Generals dem Kaiser in Ihrer Angelegenheit Bericht erstattet, und nach-

dem die Sache soweit gediehen war, befahl der Kaiser, die Sache gründlich untersuchen und ihm das Resultat mitzu-

teilen. So erzählt man sich, aber man kann sich die Sache auch anders auslegen. Orwadsche ist ein Landsmann und ein zu guter Bekannter des Grafen Kutajow, und er ist deshalb wahrscheinlich zu ihm gefahren und hat ihn um seine Mithilfe gebeten. Jedenfalls wird die Anklageschrift dem Kaiser nicht offiziell, sondern privatim zugehen. Was daraus entstehen wird, kann man nicht wissen, aber leicht erraten...“

„Nun, was denn?“

„Man kann sich wohl denken, daß Graf Kutajow seinen Landsmann nicht ungerecht kränken lassen wird...“

„Ich hielt es für meine Pflicht, Ihnen diese Mitteilung zu machen, allein zu helfen vermag weder ich... noch ein anderer. Ich rate Ihnen aber, fliehen Sie sofort den alten Herrn, welchen ich neulich hier auf der Treppe grüßte, um seinen Beistand an.“

„Wir wissen ja gar nicht, wer er ist.“

„Angesichts der schwierigen Lage, in welcher Sie sich befinden, will ich mich entschließen, Ihnen seinen Namen zu nennen, selbst auf die Gefahr hin, daß ich mir den Zorn und seine Ungnade zuziehe. Für Sie ist jeder Tag kostbar, und unter Umständen könnte er sich möglicherweise zwei Wochen bei Ihnen nicht blicken lassen. Es ist ein in jeder Hinsicht berühmter Mann; abgesehen von der Gründung der Moskauer Universität, hat er sich noch viele andere unsterbliche Denkmäler errichtet...“

Jwan Iwanowitsch Schumalow ist es. Unter den beiden früheren Regierungen genoss er gewaltigen Ruf. Jetzt beteiligt er sich nicht mehr an der Handhabung des Staatsrubs, aber er steht beim jetzigen Kaiser in hohem Ansehen. Mag Jwan Iwanowitsch sofort zu ihm gehen und ihn um seine Hilfe bitten!“

Am nächsten Morgen begab sich Pauline selbst zu ihm. Sie war zwar sehr verlegen; denn es schien ihr ein Akt der Ueberrumpfung zu sein, in das Haus desjenigen einzutreten, der nicht genannt sein wollte. Als sie jedoch das Palais Schumalows betrat, fühlte sie, daß sie nichts zu fürchten habe. Er kam ihr bereits durch einige Gemächer entgegen, begrüßte sie und sagte:

„Das hat man davon, wenn man mit den Polizeibeamten bekannt ist! Sie haben mich wahrscheinlich mit Hilfe von Spionen aufgesucht? Aber das schadet nichts, ich wollte Ihnen so wie so nach einigen Tagen sagen, wer ich bin. Wie Sie sehen, bin ich kein Feldmarschall, nicht Mäntsch, nicht Rumjanzew und nicht Potemkin, und trotzdem bin ich nicht der letzte Bürger meines Vaterlandes.“

„Es ist ja nicht der Rede wert“, rief Schumalow, „Sie haben sehr gut getan! Ja, wir leben jetzt in Zeiten, da der Barbier, statt Seife und Rasier, die Rasier der Regierung in

die Hände bekommt. Das Schlimmste ist, daß Ihr Feind wahrscheinlich aus derselben Stadt stammt, wie Kutajow. Wenn die große Kaiserin noch lebte, dann würde ich Ihren Engel direkt in den Palast bringen, und vierundzwanzig Stunden später könnte ich Ihrem Herrn Gemahl gratulieren. Allen jetzt haben sich die Zeiten geändert, und man kann durch eine Statue keinen Ruf mehr erlangen, wäre der Bildhauer jedoch drei Arschinen hoch und drei Arschinen breit, dann müßte er allerdings schnell bekannt werden. Ihre Sache steht augenblicklich nicht gut, man hat Hintertreppen benutzt, und wir haben nichts Gutes zu erwarten.“

Schumalow schwieg eine Weile, und dann fuhr er fort: „Wir werden die Hände auch nicht müßig in den Schoß legen, sondern wir wollen alles versuchen... allein Hoffnung machen darf ich Ihnen nicht.“

Pauline kehrte ebenso betrübt heim, wie sie fortgegangen war; immer wieder kam ihr der Gedanke, so schnell als möglich zu entfliehen, und jedesmal ärgerte sie sich über ihren Mann, der ihr fortwährend schweigsamen Widerstand leistete.

Drei Tage später kam ein Livreebedienter mit der Meldung, Jurn Iwanowitsch möge sich tunlichst bald in das Palais Schumalow begeben. Milowanow folgte diesem Rufe sofort und kehrte bereits nach einer Stunde zurück; sein Aussehen verriet Pauline, das alles verloren war.

In der Tat hatte Schumalow ihm mitgeteilt, daß der Kaiser infolge des Berichtes des Generals Orwadsche erklärt habe, wenn eine Fürstin aus dem Geschlechte der Kurkis es so schön fände, an der Seite eines Bauern ihr Glück zu suchen, so solle ihr dieses Glück voll und ganz zuteil werden, und sie könne als Bäuerin weiter leben. Das einzige, was Schumalow für sie auswirken konnte, war die Erlaubnis, in eigener Equipage zu reisen. Außerdem machte er Milowanow den Vorschlag, ihm seine Statue zu übergeben, welche er wie seinen Augapfel hüten und eventuell öffentlich ausstellen werde.

Schon am folgenden Tage ging Milowanows seitens der Polizei der gemessene Befehl zu, St. Petersburg schlen-

nig zu verlassen, auf direktem Wege unter Eskorte eines Soldaten nach dem Gouvernement Kasan sich zu begeben und dort auf dem Gute sich niederzulassen, wo sie eingeschrieben wären.

Zwei Tage später sah man die nämliche Kalesche, welche Milowanows aus dem Auslande gebracht hatte, den Weg nach Kasan einschlagen. Wer den Reisenden ins Gesicht schaute, kam unwillkürlich auf den Gedanken, dieselben wären nach Sibirien verbannt.

(Fortsetzung folgt.)

katt. Das Kohlenyndikat habe, wenn man von einigen Mängeln abhebe, wohlthätig gewirkt. Darum sei ein geschäftliches Einschreiten nicht nötig. Die Gemeinden müßten ihre Wirtschaft sparsam einrichten und für die Zukunft einen „Ausgleichsfonds ansammeln“, damit sie über die eventuellen Schwierigkeiten hinwegkämen. In dieser Hinsicht werde das Oberbergamt den Gemeinden mit Rat und Tat zur Hand gehen. Ein schwerer Kolikfall sei nicht zu befürchten. Abg. Hagen erklärte diese Ausführungen als völlig befriedigend. Man brauche nun nicht mehr im einzelnen zu diskutieren, sondern könne zum Schluß kommen. Er beantragte Uebergang zur Tagesordnung und nur für die Wünsche, die sich nicht speziell auf die Bergwerks- und Syndikatsgesetzgebung beziehen, „Ueberweisung als Material“. Hue beantragte, die noch unerledigten Petitionen sämtlich der Regierung als Material für die notwendigen geschäftlichen Vorarbeiten zu überweisen. Die Regierungserklärung gebe ein zu rosiges Bild von den tatsächlich bedrohlichen Verhältnissen. Der einfache Uebergang zur Tagesordnung würde den Petenten sagen, daß sie gar nichts von der Regierung und dem Landtag zu hoffen hätten. Der Antrag Hue wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Der Antrag Bell, der einen Teil der auf berggesetzliche Reformen und gesetzliche Regelung des Syndikatswesens hinzielenden Petitionen „als Material“ überweisen, das übrige durch „Uebergang zur Tagesordnung“ erledigen wollte, wurde gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und Hues abgelehnt und darauf der Antrag Hagenlecher angenommen. Gegen diesen stimmten die Freisinnigen und Hue. Wenn eben möglich, soll der Kommissionsbericht noch vor der Landtagsvertagung zur Verhandlung im Plenum kommen.

Aus der Partei.

Organisationen. Der Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Augsburg-Wertingen weist trotz der gerade in der Industriestadt Augsburg außerordentlich schlechten Konjunktur eine erfreuliche Mitgliederzunahme auf. Die Mitgliederzahl stieg von 213 am 1. April 1913 auf 297 am 1. April 1914, das ist eine Zunahme von 84 Mitgliedern. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 382. Die Jahresrechnung schließt ab in Einnahmen und Ausgaben mit 18141 M. Die Parteipresse hatte naturgemäß im abgelaufenen Jahre ebenfalls sehr unter dem schlechten Geschäftsgange zu leiden, doch ist es dem Elter unserer Parteigenossen gelungen, die Abgänge durch Gewinnung neuer Abonnenten zu ersetzen, so daß auch die Entwicklung der Parteipresse eine befriedigende genannt werden kann. Im Rathaus in der Magistrat unsere Partei durch einen Genossen vertreten, im Gemeindefolklegium zählt die sozialdemokratische Fraktion 9 Mann; zum erstenmal gelang es unserer Partei in diesem Jahre einen Sitz im Landrat zu erhalten.

Die sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeinderatswahl der holländischen Hafenstadt Zaandam und ihr sozialdemokratischer Bürgermeister machen den bürgerlichen Politikern viel Kopfzerbrechen. Jetzt hat das bürgerliche Parlamentenmitglied Brummelman auf interpelliert, weil am Geburtstag der Prinzessin die Gemeindegebäude nicht mit der Nationalflagge versehen, am nachfolgenden Tage aber, am 1. Mai, die Gemeindebureaus geschlossen waren und für das nächste Jahr den Schulkinder dieser Tag als ein Feiertag ausgesetzt ist. Die bürgerliche Presse hatte hierüber schon hinfänglich Getöse und Wortschwallen geführt. — Auch gegenüber Unternehmern ist unter Parteigenossen Bürgermeister Verlaan in eine scharfe Preßkassette verwickelt. Es herrscht schon seit 6 Wochen ein Streik im Zaandamer Holzhafen und die Unternehmer beschuldigen jetzt den Bürgermeister, daß er absichtlich die Streikbrecher (nur wenige sind vorhanden) nicht gegen die Streikenden bestraft. Der Bürgermeister aber hat in einer Gemeinderatsbesitzung ausführlich dargelegt, daß die mütterliche Haltung der Streikenden jede Störung der öffentlichen Ordnung ausschließt und es nur die Streikbrecher sind, die sich Uebergänge zuschulden kommen lassen. Die bürgerliche Presse wütet und verleumdet fortgesetzt, doch ohne Erfolg.

Der Internationale Sozialistenkongress. Am Donnerstag, den 14. Mai, fand im großen Saale des Favoritenrath Arbeiterheims in Wien eine überaus zahlreich besuchte Versammlung der gewerkschaftlichen und politischen Vertrauensmänner Wiens statt, welche sich mit den Vorbereitungen zum Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongress beschäftigte. Gen. Adler hielt das einleitende Referat und gab Einzelheiten über die während des Kongresses geplanten Veranstaltungen bekannt. Zum Empfang der Internationale wird ein großer Demonstrationsszug der Wiener Arbeiterpartei veranstaltet, an den sich Massenversammlungen anschließen, in denen die bedeutendsten Vertreter der sozialistischen Internationale das Wort ergreifen werden. Außerdem sind in der Kongresswoche eine Reihe Volksversammlungen geplant. Ferner soll ein Wiener Volksfest zu Ehren der Delegierten gegeben werden. Die Arbeiterjüngervereine Wiens werden die fremden Gäste mit einem großen Konzert erfreuen. Die Genossen vom Verein „Naturfreunde“ werden dem Kongresskomitee behilflich sein, um den Delegierten nach dem Abschluß des Kongresses die landschaftlichen Schönheiten der Umgebung Wiens zu zeigen. Es ist somit eine Reihe von Vorbereitungen im Gange, welche sowohl der politischen Demonstration dienen sollen, als andererseits auch für einen möglichst angenehmen Aufenthalt der Delegierten Sorge tragen werden. Das Kongresskomitee besteht aus folgenden Genossen: Vorsitzende: Viktor Adler, Schriftführer: Friedrich Adler, Winarsky, Mitglieder: Anderlik, Fack, Sauer, Jakob Pöck, Verdiczow, Sijmova, Anna Böhm, Brandl, Chaleantia, Tanneberg, Daria, Julius Damm, Ellenbogen, Ferdinand Emmertling, Georg Emmertling, Jomier, Glödel, Graßinger, Grünwald, Hermann, Jank, Lauer, Krimm, Jakob Müller, Pöck, Pirchmann, Johann Pöck, Pöck, Adolph Pöck, Gebirge Pöck, Kramann, Richter, Kohnen, Schrammel, Sever, Sta-

ret, Voller, Max Winter. Alle Zuschriften in Kongressangelegenheiten sind an folgende Adresse zu richten: Kongresskomitee, Wien V., Rechte Wienzeile Nr. 97.

Gewerkschaftsbewegung.

Erfolgreicher Streik der Sandsteinarbeiter im Schlesien. Nach langwierigen Verhandlungen konnte der Streik der Sandsteinarbeiter, der sieben Wochen gedauert hatte, mit Erfolg abgebrochen werden. Die Löhne für Steinmetzen und Brecher wurden um 2% erhöht, die Hilfsarbeiter erhalten 2/3 mehr Stundenlohn. Die alten Schiedsgerichtsentscheidungen bleiben bestehen, was für die Arbeiter einen wesentlichen Vorteil bedeutet. Im Steinmetzgewerbe kommen nämlich wegen der vielfeitigen Werksarbeit sehr häufig Tarifstreitigkeiten vor, die dann durch Schiedsgerichte entschieden werden. Die Unternehmer wollten nun die bisher gefällten Urteile nicht mehr gelten lassen, weil einige für die Arbeiter günstig ausgefallen waren. Weil nun die Sandsteinindustriellen ihren Willen nicht durchsetzen konnten, hatten die Granitindustriellen am 9. Mai etwa 3000 Arbeiter getätigt. Aber die Sandsteinarbeiter ließen sich durch diese Aussperrungsandrohung nicht beeinflussen, sie hielten daran fest, daß auch den Hilfsarbeitern eine Lohnzulage gewährt werden müsse. Der Steinarbeiterverband wäre, wenn die Granitindustriellen die Aussperrung hätten zur Tat werden lassen, gezwungen gewesen, im Mühselkaltgebiet bei Würzburg etwa 1000 Steinmetzen und Brecher ausständig werden zu lassen, denn in diesem Gebiet kommen dieselben Unternehmer in Frage, die in Schlesien die Sandsteinbetriebe haben. Die Organisation der Steinarbeiter hätte somit den Schlag der Herren Granitindustriellen sofort mit einem wirksamen Gegenschlag pariert. Es kam dann am 12. Mai zu einer Einigung für die Sandsteinarbeiter, jedoch am 15. Mai die Arbeit in Niederschlesien und der Heuscheuer wieder aufgenommen werden konnte. Durch die Androhung der Aussperrung hat der Steinarbeiterverband in Silesien, Streichen und Ströben innerhalb einiger Tage über 200 Mitglieder gewonnen.

Streik und Aussperrung in der Hutindustrie. In Altona burg stellten am 13. Mai 130 Hutnäherinnen der Josterschen Hutfabrik die Arbeit ein. Die Arbeitseinstellung erfolgte wegen schlechter Behandlung der Arbeiterinnen durch die Direktrice. Die Erklärung der Arbeiterinnen, künftig nicht mehr mit der Direktrice zusammenarbeiten zu wollen, beantwortete die Firma mit der Aussperrung des übrigen Personals. Gegen 400 Personen, zur Hälfte Arbeiterinnen, stehen im Kampfe. Als Schreckschuß ohne Wirkung — der Betrieb hätte sowieso ruhen müssen — hat die Firma die Fabrik bis auf weiteres geschlossen. Aufseinernd will der Unternehmerverband eine besondere Aktion einleiten. Zugang von Hutarbeitern und Arbeiterinnen ist ferngehalten.

Streik und Aussperrung im Eisen- und Stahlwerk Hühn in Dortmund. Genanntes Werk hat im vorigen Jahre seinen Betrieb um ein Drahtwalzwerk erweitert. Die Arbeiterverhältnisse sind so miserabel, daß etwa 90 Drahtwalzarbeiter ordnungsmäßig gekündigt haben und nunmehr ausgetreten sind. Nachdem dies geschehen, hat das Werk selbst noch weitere 185 Arbeiter (Weizer, Wächter und Lagerarbeiter) gekündigt. Diese werden also ausgeperrt. Die ausständigen Drahtzieher sind sämtlich organisiert.

Soziales.

Der Geburtenrückgang als soziales Problem. Die ärztliche Gesellschaft für Sexualforschung in Berlin veranstaltete am Sonnabend einen wissenschaftlichen Vortragsabend über die Frage des Geburtenrückganges. Referenten waren: der Nationalökonom Professor Dr. Franz Eulenburg in Leipzig und der Mediziner Professor Dr. Grotian in Berlin. Professor Eulenburg betonte in seinen Ausführungen u. a. besonders auch die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen des Geburtenrückganges, und es sei interessant zu sehen, daß die Verlangsamung der deutschen Volksvermehrung zeitlich zusammenfällt mit dem Inkrafttreten der billowischen Handelsverträge und der dadurch begonnenen katastrophalen Verleerung der gesamten Lebenshaltung im Jahre 1906. In der Diskussion wurde besonders von dem bekannten Sexualforscher Professor Dr. Blaschko in Berlin darauf hingewiesen, daß die kleinen Mittelschichten, mit denen die Regierung gegenwärtig den Geburtenrückgang zu bekämpfen sucht, z. B. die Gewährung kleiner Vorteile bei der Einkommensteuer an kinderreiche Familien, gar nicht in Betracht kommen, auch eine bloße Mutterchaftsversicherung würde an sich noch nicht Wandel schaffen, sondern dazu gehörten grundlegende soziale Veränderungen, die wirklich bedeutende Vorteile an kinderreiche Familien gewähren. Zu einer solchen Politik würden sich aber die maßgebenden Kreise wahrscheinlich erst entschließen, wenn ihnen die Sache dringend würde und ein so starker Rückgang der Bevölkerung sich zeigt, daß die politische Stellung Deutschlands bedroht erscheint.

Aus der Jugendbewegung.

Schöppenteder Streiche. In dem durch Till Eulenspiegel zu einer gewissen Berühmtheit gelangten Schöppenteder führt der Bürgermeister einen heftigen Kampf gegen die Jugendbewegung. Ein Parteigenosse veranstaltet dort Spiele für die Jugend und alle Verjüngung des Bürgermeisters, die Jugend von diesen Spielen fern zu halten, sind bis jetzt erfolglos geblieben. Der Bürgermeister griff deshalb zu einem anderen Mittel: Auf Grund des § 11 des Statuts der Handwerker-Fortbildungsschule verhängte er gegen einen Lehrling wegen Teilnahme an diesen Spielen 3 Mark Geldstrafe evtl. 1 Tag Haft! Der angezogene Paragraph lautet:

„Sie (die Schüler) dürfen politische, Streik- und ähnliche Versammlungen nicht besuchen, sich auch an Veranstaltungen und Vereinigungen nicht beteiligen, die staatsfeindlichen Bestrebungen Vorzug leisten.“

Das Haus des Spielers, Gen. Jürgens, wird von Spiegeln bewacht, die die ihn besuchenden Lehrlinge denunzieren sollen. Trotzdem wird Gen. Jürgens mehr als zuvor von den jungen Leuten besucht. Gegen die Strafmandate wird selbstverständlich gerichtlicher Entschluß beantragt werden. Die

Schöppenteder Jungen haben ebenfalls gezeigt, daß sie besser sind, wie der Ruf Schöppenteds.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein militärisches Schreckensurteil ist vom Kriegsgericht der 2. Division in Jüterburg gefällt worden. Am 18. April dieses Jahres waren in der Stadt Rastenburg die Grenadiere Gronau, Schäding, Fiedler, Brandenburg und Eisenhardt über Zapfenstreich ausgeblieben. Auf der Straße trafen sie den Unteroffizier Braun; Fiedler und Schäding wollten entweichen. Der Unteroffizier ging ihnen aber nach und wollte Fiedler festnehmen. Dieser erhob die Hände gegen den Vorgehenden und Schäding schloß den Unteroffizier in die Hüften. Als Gronau hinzukam und der Unteroffizier stieß, zog dieser sein Seitengewehr und verjagte damit dem Gronau zwei Hiebe, der darauf verjagte dem Unteroffizier die Waffe zu entwenden. Dabei trug er ihn am Hals. Schließlich wurden alle fünf abgeführt. Gronau erhielt vom Kriegsgericht zwei Jahre und neun Monate, Schäding zwei Jahre und einen Monat, Fiedler vier Monate Gefängnis, Brandenburg und Eisenhardt bekamen fünfzehn Tage strenger Arrest. Mit über fünf Jahren Gefängnis ist also dieser Leichtsinns der Soldaten bestraft worden.

Ein kleiner „Zertrümmer“. Das Leipziger Landgericht hat am 15. Mai ein gerade jetzt interessantes Urteil gefällt. Die verwitwete Privatierin Pauline Peteren in Leipzig war vor einiger Zeit wegen mehrjähriger Steuerhinterziehungen von den Staatsbehörden in eine Geldstrafe von 4000 M. genommen worden. Dagegen hatte die Verurteilte richterliche Entscheidung beantragt, da sie auf eine Entlassung der Strafe hoffte. Sie erzielte aber den gegenteiligen Erfolg, denn die zweite Strafkammer des Leipziger Landgerichts verurteilte sie zu 16000 M. Geldstrafe, da sich während der Verhandlungen herausstellte, daß sie sich bei der Verurteilung zum Wehrbeitrag um nicht weniger als 100000 Mark „geirrt“ hatte.

Spurensaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Der Übelstand.

wie solcher in No. 112 des „Volksboten“ bezüglich der Überwegung Schönbockener Straße—Hansa-Meierei gerügt wurde, besteht in der Tat. Hervorgehoben ist der Übelstand durch die Erhöhung der Schönbockener Straße. Die Hansa-Meierei ist aber an diesem jetzt noch vorhandenem Übelstand unschuldig, denn sie hat einer kleinen Wegbaufirma die Arbeiten zur Ausführung zum 1. Mai 1914 übertragen. Leider hat die Baufirma anderer übernommener Arbeiten wegen die Ausführung der Überwegung noch unterlassen, worunter die Gesundheit der Hansa-Meierei besonders leidet. Da es im Interesse der Hansa-Meierei also in erster Linie liegt, daß die Überwegung gebaut wird, hat sie den Bauunternehmer energig an die zum ersten Mai übernommenen Arbeiten erinnert.

Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.

Literarisches.

Ein schmuckes neues Gewand trägt der soeben erschienene erste Band der 2. Serie der beliebten „Vorwärts-Bibliothek“, und auch in der Auswahl des Wertes war der Verlag gut beraten. Die Heiterkeit, die lustige Erzählung von Otto Ludwig, hat schon vielen Tausenden Freude bereitet und überall, wo sie hinkommt, wird sie immer gern gelesen. Und so werden auch die zahlreichen Leser der „Vorwärts-Bibliothek“ — die Jungen wie die Alten — die „Heiterkeit“ herzlich willkommen heißen, werden sich an ihr erfreuen und werden durch eifrige Propaganda dafür sorgen, daß recht viele des Genusses teilhaftig werden. — Der neueste Band der „Vorwärts-Bibliothek“ ist gleich den schon früher erschienenen Bänden in allen Parteibuchhandlungen vorrätig. Er kostet trotz des großen Umfanges und der guten Ausstattung nur 1 Mark.

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 wird in dem Werk „Die Welt in Waffen“ besonders ausführlich behandelt. Alle Schlachten dieses blutigen Ringens werden im Wort und Bild plastisch dargestellt, so daß sich der Leser ein anschauliches Bild von dem Kriege machen kann. Nach all den vielen byzantinisch gefärbten Schilderungen dieses Krieges werden es die Arbeiter begrüßen, endlich einmal ein Werk zu erhalten, das die wirklichen Ursachen beleuchtet und den einzelnen Taten der Heerführer und der Mannschaften bis in das Letzte nachspürt. In gleicher Weise wird nicht nur der Krieg von 1870/71 behandelt, sondern alle Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts werden eingehend in ihren Ursachen, ihrem Verlauf und ihren Wirkungen geschildert. Auch die Balkankriege der letzten Jahre werden ausführlich beleuchtet. Das Werk erscheint in 60 Hefen à 20 S. Jedes Heft ist reich illustriert. Bestellungen nehmen alle Zeitungs-Expeditionen, Buchhandlungen und Kolportage-entgegen. Probenummern und Exemplaare sendet der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, gern kostenlos.

Das Kunstblatt, das den Abonnenten der beliebten Zeitschrift „In Freien Stunden“ mit dem Ablauf des ersten Halbjahres 1914 kostenlos überreicht wird, ist eine gut ausgestattete Reproduktion des bekannten Bildes Morgenröte von Moritz v. Schwind. Das wirkungsvolle Bild wird neben den allgemeinen Beifall der Leser unserer Parteifamilien sich finden. Anspruch auf die Lieferung des Bildes haben alle Leser von „In Freien Stunden“, die den jetzt zum Abdruck gelangenden Roman „Der Amerika-Johann“, einen Bauernroman aus Schweden von Felix Macschlin, vollständig bezogen haben. Bestellungen auf „In Freien Stunden“ nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen, Kolportage- und Postanstalten zum Preise von 10 S. pro Heft entgegen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

KNORR

In der kleinsten Küche wie im feinsten Haushalt verwendet man jetzt **Knorr-Suppenwürfel**. Hervorragender Geschmack und große Ausgiebigkeit bahnen ihnen den Weg!

48 Sorten wie: Spargel, Blumenkohl, Königin, Weiberrten. 1 Würfel 3 Teller 10 Pfg.